



**Hate
Aid**

Technische
Universität
München



Angegriffen &

alleingelassen

**Wie sich digitale Gewalt auf
politisches Engagement auswirkt.
Ein Lagebild.**

Inhalt

Die vorliegende Studie wurde durch die Technische Universität München in Kooperation mit HateAid durchgeführt.

Gefördert durch

bidt Bayerisches Forschungsinstitut
für Digitale Transformation
EIN INSTITUT DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Mehr Informationen über das Gesamtprojekt von HateAid zu digitaler Gewalt gegen Politiker*innen finden Sie auf der [HateAid-Website](#).

1 Zusammenfassung	Seite 4
1.1 Die Studie – Methodik	Seite 4
1.2 Die Ergebnisse	Seite 5
2 Einleitung	Seite 7
3 Begriffserklärungen und Forschungsstand	Seite 8
3.1 Was ist digitale Gewalt?	Seite 8
3.2 Forschungsstand zu digitaler Gewalt und der Betroffenheit politisch Engagierter	Seite 9
4 Methodik	Seite 12
4.1 Quantitative Datenerhebung	Seite 13
4.2 Qualitative Datenerhebung	Seite 16
5 Ergebnisse	Seite 17
5.1 Wer erlebt digitale Gewalt?	Seite 17
5.2 Wo erfahren politisch Engagierte digitale Gewalt?	Seite 18
5.3 Welche Formen digitaler Gewalt erleben politisch Engagierte?	Seite 18
5.4 Auswirkung der digitalen Gewalt	Seite 21
5.5 Umgang mit digitaler Gewalt	Seite 22
5.6 Unterstützungsmechanismen	Seite 24
6 Politische Forderungen	Seite 27
7 Fazit	Seite 30

1 Zusammenfassung

1.1 Die Studie – Methodik

In der Studie „Angegriffen & alleingelassen: Wie sich digitale Gewalt¹ auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.“ untersuchte die Technische Universität München, in welchem Ausmaß und in welcher Form politisch engagierte Menschen in Deutschland digitale Gewalt erleben.

Befragt wurden insgesamt 1.114 Personen, die auf unterschiedliche Art und Weise politisch engagiert sind: Der Schwerpunkt der Erhebung lag auf Politiker*innen, die auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene aktiv sind (67 %). Außerdem wurden Aktivist*innen (19 %), Wissenschaftler*innen (5 %), Journalist*innen und Publizist*innen (4 %), Influencer*innen (3 %) und sonstige Parteimitglieder (2 %) befragt. Das Sample wurde bewusst weit gefasst, um zu untersuchen, ob selbst erlebte oder bei Politiker*innen beobachtete digitale Gewalt einen Einfluss auf das Verhalten von Personen hat, die in der Zukunft ein politisches Amt anstreben könnten. Rückschlüsse auf einen Zusammenhang zwischen

Parteizugehörigkeit und Betroffenheit von digitaler Gewalt können auf Basis der vorliegenden Daten jedoch nicht geschlossen werden. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

Durchgeführt wurden eine quantitative Online-Befragung (Erhebungszeitraum 27.4.24 bis 21.10.24) und zwölf qualitative Interviews (2.7.24 bis 26.8.24). Die Studie der Technischen Universität München wurde in Kooperation mit der Menschenrechtsorganisation HateAid durchgeführt. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ.

Das Ziel ist, ein Lagebild zu Betroffenheit und Auswirkungen digitaler Gewalt auf das Verhalten von politisch engagierten Menschen und ihren Einsatz in der Politik zu erhalten. Darüber hinaus sollen Unterstützungsstrukturen und Bedarfe eruiert und dadurch Handlungsmöglichkeiten für Parteien, Strafverfolgungsbehörden und Online-Plattformen aufgezeigt werden.

1.2 Die Ergebnisse

Mehr als die Hälfte der politisch Engagierten ist betroffen, aber nicht alle auf die gleiche Weise

Digitale Gewalt betrifft die Mehrheit politisch engagierter Menschen. Die Studie zeigt, dass mehr als jede zweite befragte Person bereits digitale Gewalt erlebt hat. **Insgesamt berichteten 58 % aller Befragten der quantitativen Studie von Anfeindungen im Internet.** Die Betroffenheit unter Frauen (63 %) ist signifikant höher als unter Männern (53 %).²

„Egal was ich sage auf Social Media, ich weiß, es kommen Hasskommentare.“
Bundespolitikerin

Die meisten Angriffe richteten sich gegen die politische Positionierung der Angegriffenen. **Fast ein Viertel der Frauen gab an, Androhungen sexueller Gewalt wie Vergewaltigungsdrohungen erhalten zu haben – und damit fast achtmal so häufig wie ihre männlichen Kollegen (3 %).** Männern wurde hingegen häufiger mit anderen Formen körperlicher Gewalt wie Schlägen oder Mord gedroht (51 %) als Frauen (43 %). Außerdem berichteten mehr als zwei Drittel der betroffenen Frauen von geschlechtsspezifischer Gewalt wie Sexismus, Frauenhass und weiteren misogynen Aussagen,³ mit denen sie online angefeindet wurden.

„Unter den Kommentaren: Vergewaltigungsandrohungen, oder die Aussage, ich müsste nur mal richtig durchgefickt werden.“
Kommunalpolitikerin

Doch bei Drohungen bleibt es oft nicht. Hass im Netz kann zur Radikalisierung und damit auch zu Hassverbrechen im analogen Raum führen. **Die Ergebnisse der Studie zeigen: Politisch Engagierte, die schon einmal digitale Gewalt erlebt haben, berichteten auch häufiger von Gewalt im analogen Raum (71 %) als nicht von digitaler Gewalt Betroffene (47 %).** Mehr als die Hälfte der Betroffenen äußerte zudem Sicherheitsbedenken und Angst davor, allein zu Hause zu sein oder hatte Sorge um ihre Familien und Freund*innen. Dabei deckten sich die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der konkret erlebten Gewalt auch im analogen Raum: 45 % der von digitaler Gewalt betroffenen politisch engagierten Frauen berichteten von geschlechtsspezifischer und sexueller Belästigung im analogen Raum (Männer: 6 %).

Politiker*innen und politisch Engagierte fühlen sich im Stich gelassen

Viele Politiker*innen und anderweitig Engagierte wünschen sich angesichts dieser Erfahrungen mehr Unterstützung. **49 % der befragten Männer und sogar 66 % der befragten Frauen gaben an, sich hinsichtlich ihres politischen Engagements nicht ausreichend auf digitale Gewalt und ihre Folgen vorbereitet zu fühlen.** Und das, obwohl 59 % der männlichen Befragten, die bereits digitale Gewalt erlebt haben, und 53 % der weiblichen Betroffenen angaben, dass es in ihrer Partei oder an ihrem Arbeitsplatz Ansprechpersonen gebe. Die Mehrheit derer, die bereits angefeindet wurden (Männer: 48 %, Frauen: 59 %), wünscht sich mehr Solidarität innerhalb ihrer Partei, ihrer Gemeinschaft oder an ihrem Arbeitsplatz. Auch von der Justiz erhoffen sich einige Betroffene mehr. Das legen vor allem die qualitativen Interviews nahe.

„Ich wünschte, dass die Justiz aus dem Quark kommt. Man hört nie wieder was davon, das kann nicht sein.“
Landespolitikerin

Die quantitative Befragung untermauert den Eindruck mangelnden Vertrauens in die Justiz: Nur eine Minderheit ging bereits rechtlich gegen Anfeindungen vor. **Etwa ein Drittel aller betroffenen politisch Engagierten hat schon einmal eine Strafanzeige bei der Polizei erstattet (30 %) und 8 % sind bereits zivilrechtlich gegen Täter*innen vorgegangen.** Als besondere Herausforderung bei der Rechtsdurchsetzung wurde angegeben, dass die Angreifenden Pseudonyme oder private Profile verwendeten und die Betroffenen daher nicht wüssten, gegen wen sie vorgehen sollten.

Mehr als jede zweite betroffene politisch engagierte Person verändert ihre öffentliche Kommunikation – vor allem Frauen denken ans Aufhören

Die Anfeindungen haben eindeutig negative Auswirkungen auf die politische Arbeit der Befragten. Wesentlich mehr betroffene Frauen (66 %) schränkten ihre Nutzung der sozialen Medien ein, nachdem sie digitale Gewalt erlebt hatten (Männer: 53 %). Sie passten ihren Ton und ihre Inhalte an, dachten darüber nach, öffentliche Auftritte zu reduzieren oder sogar eine Auszeit von ihrer politischen Arbeit zu nehmen. 47 % der Frauen und 34 % der Männer beschrieben, dass die erfahrene digitale Gewalt negative Auswirkungen auf ihr politisches Engagement habe. Das heißt, sie stellten ihre Arbeit infrage oder fühlten sich entmutigt, sich politisch zu äußern.

In vielen Fällen führte digitale Gewalt sogar dazu, dass Betroffene langfristig darüber nachdachten, bewusst keine Position anzunehmen, die besonders häufig digitaler Gewalt ausgesetzt ist. 49 % der betroffenen Frauen dachten zumindest manchmal über eine solche Einschränkung nach, 11 % gaben an, diesen Gedanken sogar ständig zu haben. Die von digitaler Gewalt betroffenen Männer hingegen dachten im Vergleich signifikant seltener über einen Positionswechsel nach (30 % mindestens manchmal, 3 % ständig).

„Ich werde tatsächlich zurücktreten. Ich habe für mich gemerkt: Ich möchte nicht so in der Öffentlichkeit stehen... und auch nicht mehr parteipolitisch aktiv sein.“

Bundespolitikerin

Und auch ein kompletter Rückzug aus der politischen Arbeit kam für betroffene Frauen deutlich häufiger infrage. Fast ein Viertel von ihnen (22 %) hat daran bereits gedacht. Bei den betroffenen Männern waren es hingegen nur 10 %.

Die Studie macht deutlich: **Digitale Gewalt verändert die Art und Weise, wie politisch Engagierte handeln und kommunizieren – und kann letztlich sogar die Entscheidung darüber beeinflussen, für welche Art von politischer Position sie sich zur Verfügung stellen.** Frauen, die noch immer in Parlamenten unterrepräsentiert sind, trifft das in besonderem Maße. Der Großteil von ihnen berichtet von sexualisierter Gewalt sowie von geschlechtsspezifischen Gewaltformen wie Frauenhass und weiteren misogynen Aussagen. Viele denken vermehrt darüber nach, exponierte Positionen, die potenziell mit digitaler Gewalt verbunden wären, nicht anzunehmen oder sich aus der politischen Arbeit zurückzuziehen. Außerdem hat die Studie ergeben, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger negative emotionale Reaktionen auf Anfeindungen zeigen. Sie leiden zum Beispiel eher unter körperlichen Auswirkungen wie Kopfschmerzen oder Schlaflosigkeit oder fühlen sich eingeschüchtert, gestresst oder handlungsunfähig. Angesichts der ohnehin schon geringeren Repräsentation von Frauen in der Politik⁴ könnten diese Auswirkungen gravierende Folgen besonders für die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen haben. **Doch auch insgesamt zeigt die Studie: Digitale Gewalt gefährdet das politische Engagement in Deutschland.**

2 Einleitung

Hass und Gewalt gegen Politiker*innen haben die jüngsten Wahlkämpfe geprägt: Beleidigungen in den sozialen Netzwerken waren an der Tagesordnung, auf der Straße kam es zu tätlichen Angriffen.

Ein Bildausschnitt: Im April 2024 wurde die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/ Die Grünen), nach einer Veranstaltung in Brandenburg bedrängt.⁵ Im darauffolgenden Monat wurde der SPD-Politiker Matthias Ecke in Dresden auf offener Straße attackiert und schwer verletzt.⁶ Die CDU-Politikerin und Landtagskandidatin Adeline Abimwi Awemo wurde im Juli in Cottbus rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen, als sie Wahlplakate aufhängte.⁷ Die Bilanz: Allein im ersten Halbjahr 2024 wurden 1.965 Straftaten gemeldet, die sich gegen Repräsentant*innen und Mitglieder der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien richteten.⁸ Seit Beginn der Legislaturperiode haben Mitglieder der Bundesregierung bereits in fast 1.500 Fällen Strafanzeige wegen Morddrohungen oder aggressiven Beleidigungen gestellt.⁹

Die Angriffe des vergangenen Jahres gehen einher mit einer schon länger zu beobachtenden Radikalisierung im digitalen Raum. Dort werden Menschen zu Feindbildern stilisiert, wird Hass auf politische Gegner*innen geschürt. **Die vorliegende Studie der Technischen Universität München in Kooperation mit HateAid befasst sich daher mit den Auswirkungen von digitaler Gewalt¹⁰ auf das politische Engagement in Deutschland.** Sie wirft ein Schlaglicht auf die Erfahrungen von in der Politik tätigen Personen sowie weiteren politisch engagierten Menschen mit digitalen Angriffen. Und sie zeigt, welche Folgen Hass und Gewalt für die Betroffenen und unsere Demokratie als Ganzes haben: Amts- und Mandatsträger*innen sowie politisch engagierte Menschen fühlen sich alleingelassen. **Sie verändern zunehmend ihre öffentliche Kommunikation und denken zum Teil sogar darüber nach, sich aus der politischen Arbeit zurückzuziehen oder gar nicht erst politische Ämter zu übernehmen.** Ein Schwerpunkt der Studie liegt dabei auf der Situation von politisch engagierten Frauen im digitalen Raum – die in der Politik bereits jetzt geringer repräsentiert sind als Männer. Denn bisherige Erhebungen zeigen, dass digitale Gewalt eine signifikante geschlechtsspezifische Dimension aufweist. Die vorliegende Studie knüpft daher an vorhandene Erkenntnisse an, um

diesen einen weiteren Baustein hinzuzufügen und vorhandene Lücken in der Erfassung der digitalen Dimension von Anfeindungen gegen politisch Engagierte in Deutschland zu schließen.¹¹

Dies ist aktueller denn je: Insbesondere mit Blick auf die nun vorgezogene Bundestagswahl – aber auch darüber hinaus – muss die Debatte um die Folgen von Anfeindungen gegen politisch engagierte Menschen im digitalen Raum dringend geführt werden. **Denn angesichts der bisherigen Erfahrungen steht zu befürchten, dass der Wahlkampf sowohl online als auch offline von Hass und Gewalt begleitet sein wird.** Es ist also dringend geboten, bereits jetzt ein Schlaglicht auf die Situation im digitalen Raum zu werfen und die Folgen der dortigen Angriffe für die Funktionsfähigkeit des repräsentativen Systems und des politischen Engagements aufzuzeigen. Mit der vorliegenden Studie soll diese Debatte mit aktuellen Zahlen und Fakten unterfüttert und ergänzt werden. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse werden Maßnahmen empfohlen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Institutionen sind nur so stark wie die Menschen, die sich in ihnen für die Gemeinschaft engagieren. Wenn dieses Engagement ausbleibt, erodiert ein wichtiges Element unserer liberalen Demokratie.

3 Begriffserklärungen und Forschungsstand

Im Folgenden werden die für diese Studie und den Forschungsgegenstand zentralen Begriffe definiert und eingeordnet. Darüber hinaus werden relevante Ergebnisse anderer aktueller Erhebungen dargestellt, an die die vorliegende Studie anschließen kann.

3.1 Was ist digitale Gewalt?

Unter dem Sammelbegriff „digitale Gewalt“ verstehen die Autor*innen der vorliegenden Studie eine Vielzahl unterschiedlicher abwertender, entwürdigender, auf Einschüchterung zielender oder verletzender technologiegestützter Phänomene gegenüber Personen oder bestimmten Personengruppen.

Die Ausprägungen können sehr vielfältig und teilweise auch strafrechtlich relevant sein. Der Begriff geht jedoch über die (straf-)rechtliche Bewertung hinaus. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass Gewalt nicht nur durch juristische Definitionen, sondern auch durch ihre Wirkung auf Betroffene bestimmt wird. Denn Äußerungen wie etwa antisemitische, rassistische oder misogyne Aussagen können auch dann – etwa durch ihr wiederholtes, beinahe alltägliches Auftreten und ihre hohe Reichweite – tiefgreifende und langanhaltende psychische und

soziale Schäden verursachen, wenn sie unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen. Eine breite Definition digitaler Gewalt ermöglicht es, die tatsächlichen Erfahrungen und Belastungen von Betroffenen besser zu erfassen. Die rechtliche Bewertung darüber hinaus obliegt den zuständigen Behörden.

Digitale Gewalt kann überall dort auftreten, wo Menschen online miteinander kommunizieren, z. B. in sozialen Netzwerken, öffentlichen Chat-Räumen oder den Kommentarspalten von Nachrichtenseiten. Diese Form der Gewalt betrifft jedoch nicht nur die öffentlichen Bereiche des Internets. Auch private Nachrichten über Messenger-Apps oder E-Mails können zum Schauplatz digitaler Angriffe werden.

Die Tatsache, dass digitale Gewalt grenzenlos und rund um die Uhr stattfindet, verschärft das Problem zusätzlich.¹² Durch die schnelle Verbreitung von Lügen, Beleidigungen oder Drohungen können diese Angriffe eine immense Wirkung auf die Betroffenen haben. Insbesondere in den sozialen Medien, die ein breites Publikum erreichen, werden entsprechende Inhalte in kürzester Zeit vielfach geteilt. Für die Angreifenden ist das Internet ein idealer Raum, um anonym und vernetzt zu agieren, wodurch konzentrierte Angriffe leichter organisiert und durchgeführt werden können.¹³

Unter digitale Gewalt fallen unter anderem:

- Beleidigungen und Drohungen,
- üble Nachrede und Verleumdungen,
- sexuelle Belästigungen (z. B. durch Dick- oder Vulvapics),
- die Erstellung und Verbreitung (sexualisierter) Deepfakes,
- Verbreitungen von (Nackt-) Fotos ohne Zustimmung,
- oder Nachstellungen, Belästigungen, Stalking (z. B. durch Bluetooth-Tracker oder AirTags).

3.2 Forschungsstand zu digitaler Gewalt und der Betroffenheit politisch Engagierter

Im Februar 2024 haben Das NETTZ, die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), HateAid und die Neuen deutschen Medienmacher*innen im Rahmen des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz eine bundesweite und repräsentative Studie zu Hass im Netz veröffentlicht.¹⁷

45 % der Befragten gaben an, schon einmal Hass im Netz¹⁸ gesehen zu haben. Am häufigsten nahmen sie aggressive oder abwertende Aussagen wahr, die sich gegen Politiker*innen (60 %), Geflüchtete (58 %) oder Aktivist*innen (54 %) richteten. Wenn sie selbst betroffen waren, habe sich der Hass häufig auf die politischen Ansichten (41 %) oder das Aussehen

(37 %) der Befragten bezogen. Insgesamt gaben 49 % der Befragten an, selbst schon einmal online beleidigt worden zu sein.

Die Studie zeigt zudem die geschlechtsspezifische Dimension digitaler Gewalt auf: 42 % der befragten jungen Frauen zwischen 16 und 24 Jahren gaben an, bereits ungefragt ein Nacktfoto geschickt bekommen zu haben. Jede fünfte junge Frau gab an, im Internet schon einmal sexuell belästigt worden zu sein. Im Gegensatz dazu erlebten junge Männer eher Androhungen etwa von körperlicher Gewalt.¹⁹ Insgesamt gaben nur 5 % der Befragten an, schon einmal Hass gegen sich selbst bei der Polizei zur Anzeige gebracht zu haben.

Eine zentrale Erkenntnis der Studie ist das Ausmaß des Silencing-Effekts: Mehr als die Hälfte der Internetnutzenden bekennt sich seltener zur eigenen politischen Meinung, beteiligt sich wegen Hass seltener an Diskussionen und formuliert Beiträge aus Sorge bewusst vorsichtiger. Dabei ziehen sich vor allem diejenigen zurück, die schon einmal selbst digitalen Angriffen ausgesetzt waren.²⁰ Diese Auswirkungen von Hass und Gewalt auf das Diskursverhalten Einzelner im Internet bezeichnet man auch als Silencing-Effekt. Neben den persönlichen Auswirkungen hat dies auch schwerwiegende Folgen für die Meinungsvielfalt in digitalen Räumen: Wenn sich dort Menschen aus Sorge vor Hass und Gewalt nicht mehr äußern, verringert sich die Meinungsvielfalt und damit verengt sich der demokratische Diskurs.²¹

Einen Einblick in die Betroffenheit von digitaler Gewalt von Politiker*innen bieten unter anderem die bundesweiten Fallzahlen zu politisch motivierter Kriminalität, die das Bundeskriminalamt (BKA) jährlich gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) veröffentlicht. Diese verzeichnen für 2023¹⁴ insgesamt 15.050 gemeldete politisch motivierte Straftaten gegen den Staat und seine Vertreter*innen. **Davon richteten sich 5.388 Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger*innen – ein Anstieg von 29,12 % gegenüber dem Vorjahr.** Schwerpunkte der Delikte waren Beleidigungen (3.156), Nötigungen/Bedro-

hungen (583), Propagandadelikte (325), Volksverhetzungen (288) und Sachbeschädigungen (271). Bei den Gewaltdelikten handelte es sich vor allem um Erpressungen (69), es wurden jedoch auch Körperverletzungen (27) gemeldet. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage gab die Bundesregierung darüber hinaus an, dass im ersten Halbjahr 2024 bereits 1.965 Straftaten gemeldet wurden, die sich gegen Repräsentant*innen und Mitglieder der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien richteten.¹⁵ Darunter waren 84 gemeldete Gewaltdelikte. Beide Zahlen liegen deutlich über den Zahlen des Vorjahres.¹⁶

Darüber hinaus liefert eine Befragung des Forschungsverbunds MOTRA²² tiefgehende Erkenntnisse darüber, wie Politiker*innen in kommunalpolitischen Ämtern von Anfeindungen betroffen sind. Die Frühjahrsbefragung 2024 des Kommunalen Monitorings zu „Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“²³ gibt Aufschluss über die Situation ehren- und hauptamtlich tätiger (Ober)-Bürgermeister*innen und Landrät*innen: **36 % der Befragten gaben an, zwischen November 2023 und April 2024 Anfeindungen erlebt zu haben.** Dabei handelte es sich zu 73 % um verbale/schriftliche Anfeindungen, zu 25 % um Hasspostings und zu 2 % um tätliche Übergriffe. 11 % der Vorfälle wurden nach eigenen Angaben von den Betroffenen zur Anzeige gebracht. 18 % der Befragten oder ihre Wahlkampfhelfenden waren von Anfeindungen im Zusammenhang mit Kommunalwahlen 2024 betroffen. 27 % dieser Vorfälle wurden zur Anzeige gebracht. 28 % der Befragten gaben an, bei der nächsten Kommunalwahl nicht mehr antreten zu wollen. Als Grund wurden neben dem Alter, der hohen Belastung oder mangelnder Wertschätzung auch Anfeindungen im Amtsalldag genannt. **Die Herbstbefragung 2023²⁴ zeigte darüber hinaus: Familienangehörige von Frauen im Amt wurden signifikant häufiger angefeindet.**²⁵

Ähnliche Einblicke bietet eine Befragung von forsa für die Körber-Stiftung unter ehrenamtlichen Bürgermeister*innen in Deutschland von April 2024.²⁶ Diese beleuchtet die subjektive Perspektive auf die Umstände des Amtes sowie die wahrgenommene gesellschaftliche und politische Stimmung in den Kommunen. **Darin berichten 40 % der Befragten, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeister*in beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden seien.**²⁷ Die Hälfte (50 %) der Bürgermeister*innen, die Anfeindungen und Übergriffe

ausgesetzt waren, berichten davon, dadurch sehr oder ziemlich stark belastet zu sein. 28 % Prozent derjenigen, die schon einmal Anfeindungen erlebt hatten, gaben an, aus Sorge um die eigene Sicherheit, bzw. die der eigenen Familie, schon einmal konkret darüber nachgedacht zu haben, sich aus der Politik zurückzuziehen. **Dabei zeigt sich ein weiterer geschlechtsspezifischer Aspekt: Frauen gaben häufiger an, von Anfeindungen und Übergriffen betroffen zu sein und waren dementsprechend auch stärker belastet als ihre männlichen Kollegen.**

Das unterstreicht auch eine Studie der Organisation Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e. V. (EAF) von 2021,²⁸ die dafür mehr als 800 Amts- und Mandatsträger*innen unterschiedlicher Parteien und Politikebenen befragt hat. Sie konnte feststellen: Politiker*innen sind massiv von digitaler Gewalt betroffen. Im Detail zeigte sich jedoch ein differenzierteres Bild: Zwar gaben Frauen seltener an, von Anfeindungen in den sozialen Netzwerken betroffen zu sein (60 % gegenüber 74 %). Sie berichteten jedoch deutlich häufiger von sexualisierten Anfeindungen (16,8 %) als ihre männlichen Pendanten (3,1 %). Es zeigte sich auch: Digitale Gewalt belastet Frauen in der Politik häufiger (41 %) als ihre männlichen Kollegen (26 %). Ebenfalls lässt sich aus der Befragung ableiten: Frauen ziehen sich von ihrem politischen Engagement zurück. Offen bleibt, wie genau die Rückzugsdynamiken aussehen, welche Auswirkungen sie haben und welche Bedarfe unter betroffenen Politikerinnen gedeckt werden müssten, um Frauen in der Politik zu halten.

Der bisherige Forschungsstand zu digitaler Gewalt gibt daher Anlass für die Annahme, dass politisch Engagierte in besonderem Ausmaß von diesem Phänomen betroffen sind. Ergebnisse bisheriger Befragungen legen zudem den Schluss nahe, dass es dabei eine signifikante geschlechtsspezifische Dimension gibt.

Die Menschenrechtsorganisation HateAid hat daher die Blavatnik School of Government der University of Oxford damit beauftragt, den aktuellen internationalen Stand der Forschung zu digitaler Gewalt gegen Frauen in der Politik zu erfassen. Der Bericht²⁹ trifft die folgenden Kernaussagen:

- 1.** Das Ausmaß digitaler Gewalt: Studien deuten darauf hin, dass digitale Gewalt für viele Frauen in der Politik alltäglich ist. So ergab eine Umfrage der Interparlamentarischen Union, dass 82 % der befragten Parlamentarierinnen psychische Gewalt erlebt hatten, wobei digitale Gewalt ein wesentlicher Bestandteil war.³⁰ Bei einer Befragung im Europäischen Parlament 2023 konnte die Technische Universität München³¹ feststellen, dass 21 % der befragten weiblichen Europaabgeordneten bereits einmal Vergewaltigungsdrohungen erhalten hatten.
- 2.** Die Auswirkungen auf die politische Partizipation: Digitale Gewalt hat eine abschreckende Wirkung auf viele Frauen in der Politik. Das kann sich negativ auf das politische Engagement von Frauen auswirken – von einzelnen Einschränkungen in der Kommunikation bis hin zum kompletten Rückzug aus der Politik.
- 3.** Die Arten von digitaler Gewalt: Digitale Gewalt gegen politisch aktive Frauen umfasst unter anderem Mord- und Vergewaltigungsdrohungen, sexualisierte Deepfakes und andere Formen bildbasierter Gewalt, Hatespeech, Doxxing oder auch Desinformationskampagnen. Die Menge der Angriffe, die oft von verschiedenen Angreifenden gleichzeitig ausgehen, verschärft das Phänomen.

Trotz dieser wichtigen Erkenntnisse weist die Forschungslage Lücken auf. Die digitale Dimension von Anfeindungen gegen Politiker*innen unter besonderer Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Komponente, insbesondere in Deutschland, ist bisher nicht ausreichend untersucht.

Die vorliegende Studie knüpft daher an die genannten Erhebungen an und liefert umfassende Zahlen und vertiefte Einblicke in das Ausmaß, die psychologischen Folgen und die Auswirkungen digitaler Gewalt auf das politische Engagement in Deutschland.

Weiterhin soll sie die Nutzung von Hilfsangeboten sowie bestehende Lücken in diesen identifizieren. Dabei legt sie einen besonderen Schwerpunkt auf die Erfahrungen politisch engagierter Frauen im digitalen Raum, um der aktuellen Debatte einen weiteren wichtigen Baustein hinzuzufügen und vorhandene Lücken zu schließen.

4 Methodik

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es, besser zu verstehen, wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement in Deutschland auswirkt. Sie befasst sich daher sowohl mit der Betroffenheit von politisch engagierten Menschen in verschiedenen Berufsfeldern und Positionen als auch mit den Folgen ihrer Erfahrungen mit digitaler Gewalt. Dabei sollen zudem Bedarfe und Leerstellen aufgedeckt werden, auf deren Basis Handlungsmöglichkeiten für Parteien, Politik, Strafverfolgungsbehörden und Online-Plattformen entwickelt und aufgezeigt werden können.

Als Datengrundlage dienen eine quantitative Online-Befragung von politisch engagierten Personen aller Geschlechter in Deutschland und zwölf semi-strukturierte,³² vertiefte, qualitative Einzelinterviews mit von digitaler Gewalt betroffenen politisch engagierten Frauen. Die Auswertung der quantitativen Daten erfolgte mit der Statistik-Software R. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ. Die Erkenntnisse der qualitativen Interviews ergeben sich aus der Analyse und der gemeinsamen Diskussion der Interviewtranskriptionen. Vor der Datenerhebung wurde das Forschungsvorhaben durch die Ethikkommission der Technischen Universität München geprüft und zugelassen.

4.1 Quantitative Datenerhebung

Die für den vorliegenden Bericht verwendete Stichprobe besteht aus 1.114 Proband*innen, die an der Online-Befragung zum Thema „Erfahrung von und Umgang mit digitaler Gewalt“ teilnahmen. Der Fragebogen wurde vom 27. April bis zum 21. Oktober 2024 sowohl direkt an politisch engagierte Personen per E-Mail und Telefon als auch auf öffentlichen (Parteitag-)Veranstaltungen in Deutschland distribuiert. Die folgenden Personengruppen wurden hierbei adressiert: Politiker*innen, die auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene aktiv sind, Journalist*innen und Publizist*innen, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Influencer*innen und sonstige Parteimitglieder. Das Sample wurde bewusst weit gefasst und über Politiker*innen und Mandatsträger*innen hinaus ausgeweitet. Denn das Ziel der Erhebung ist es, den Einfluss digitaler Gewalt auf das politische Engagement in Deutschland möglichst breit zu erfassen. Dabei soll auch in den Blick genommen werden, ob das Erleben digitaler Gewalt Einfluss darauf hat, dass politisch bereits anderweitig engagierte Menschen (partei-)politische Ämter anstreben oder nicht. Die Hypothese war dabei, dass die Sorge vor digitaler Gewalt viele vor einem weiteren und potenziell exponierteren politischen Engagement zurückschrecken lässt.

Je nach Beruf und Erfahrung mit digitaler Gewalt wurden den Teilnehmenden verschiedene Fragen gestellt. Die Teilnehmenden konnten hierbei einzelne Fragen überspringen, weshalb im Folgenden immer die Anzahl der eingegangenen Antworten pro Frage als n=x mit angegeben wird. Der mittlere Wert der Bearbeitungszeit lag bei zehn Minuten.

1.884 Personen füllten den Fragebogen initial aus. Um die Qualität der Daten sicherzustellen, wurden Antworten von Teilnehmenden ausgeschlossen, welche keine Einverständniserklärung gegeben oder eine der drei Schlüsselfragen (zum Beruf, Geschlecht und dazu, ob sie digitale Gewalt erfahren haben) nicht beantwortet hatten. Auch sogenannte „Durchklicker*innen“, die den Fragebogen besonders schnell – also in weniger als drei Minuten, einem Drittel des mittleren Werts der Bearbeitungszeit – ausgefüllt haben, wurden ausgeschlossen. Weitere 18 Teilnehmende wurden ausgeschlossen, da sie laut eigenen Angaben nicht in Deutschland

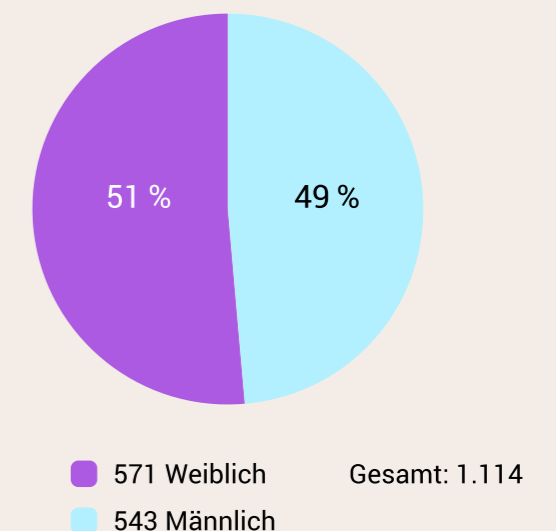
ansässig waren. Insgesamt wurden somit 754 Personen zur Sicherstellung der Datenqualität aus dem finalen Datensatz ausgeschlossen. Von den verbleibenden 1.130 Teilnehmenden identifizierten sich nur 16 (1,43 %) als divers.

Aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl der sich als divers identifizierenden Teilnehmenden und der damit einhergehenden Einschränkungen in der statistischen Vergleichbarkeit mit den anderen beiden Gruppen wurden diese 16 Personen für die weiterführenden statistischen Analysen ausgeschlossen. Das finale Sample bestand somit aus 1.114 politisch engagierten Personen. Erfahrungen von sich als divers identifizierenden Teilnehmenden werden daher in einem separaten Unterkapitel behandelt.

Charakteristika des Studien-Samples

An der Studie nahmen 1.114 politisch in verschiedener Form engagierte Frauen und Männer teil. Die Teilnahme an der Studie war freiwillig. Von den 1.114 Teilnehmenden identifizierten sich 543 (49 %) als männlich und 571 (51 %) als weiblich (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Geschlechterverteilung der Teilnehmenden (n=1.114)



742 (67 %) aller Befragten (n=1.114) waren Politiker*innen (siehe Abbildung 2), davon 48 % weiblich. Die meisten dieser Politiker*innen (63 %), die ihre Ebene angegeben haben (n=707), waren auf kommunaler Ebene tätig. Im Geschlechterverhältnis gab es leichte Unterschiede, mit etwas mehr männlichen Teilnehmenden auf kommunaler Ebene

und mehr weiblichen Teilnehmenden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene (siehe Abbildung 3). An der Studie nahmen Politiker*innen des gesamten deutschen Parteispektrums teil (siehe Abbildung 4), wobei kein Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Parteizugehörigkeit untersucht wurde. Hier besteht noch Forschungsbedarf.

Abbildung 2: Politisches Engagement der Teilnehmenden (n=1.114)

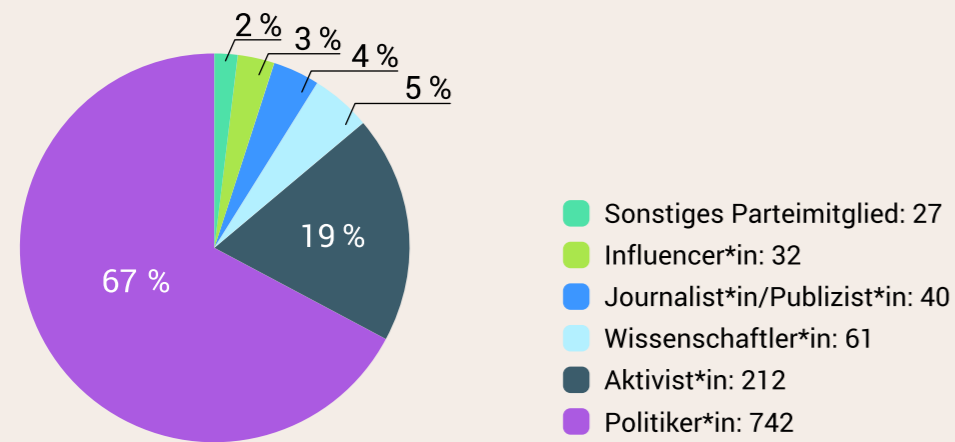


Abbildung 3: Politische Ebene der teilnehmenden Politiker*innen (n=707)³³

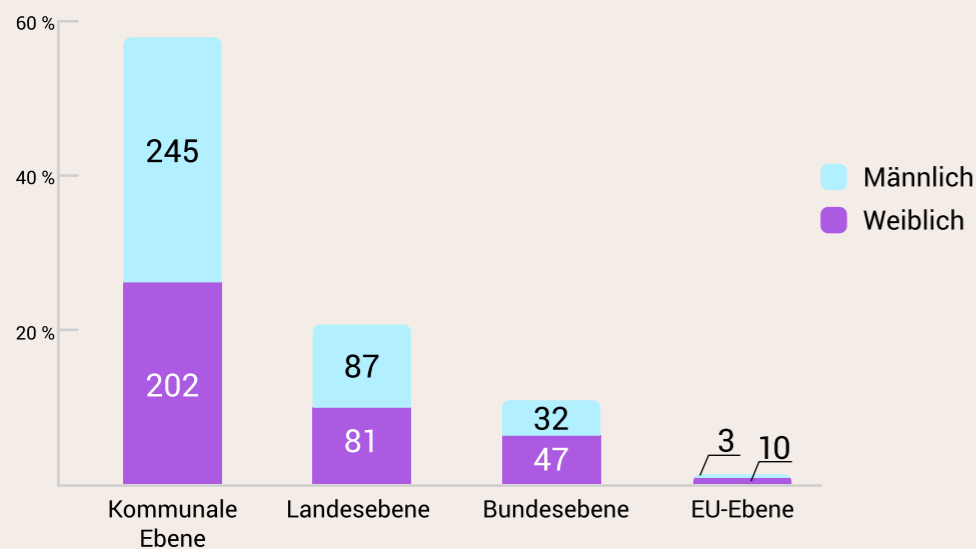


Abbildung 4 : Parteizugehörigkeit der teilnehmenden Politiker*innen (n=632)

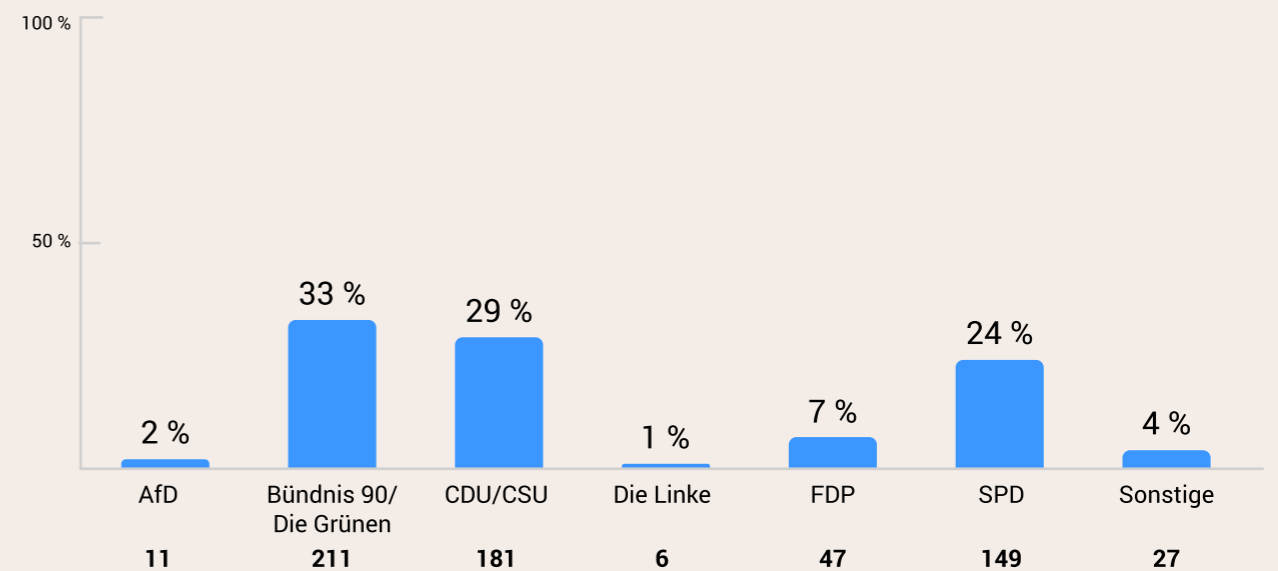
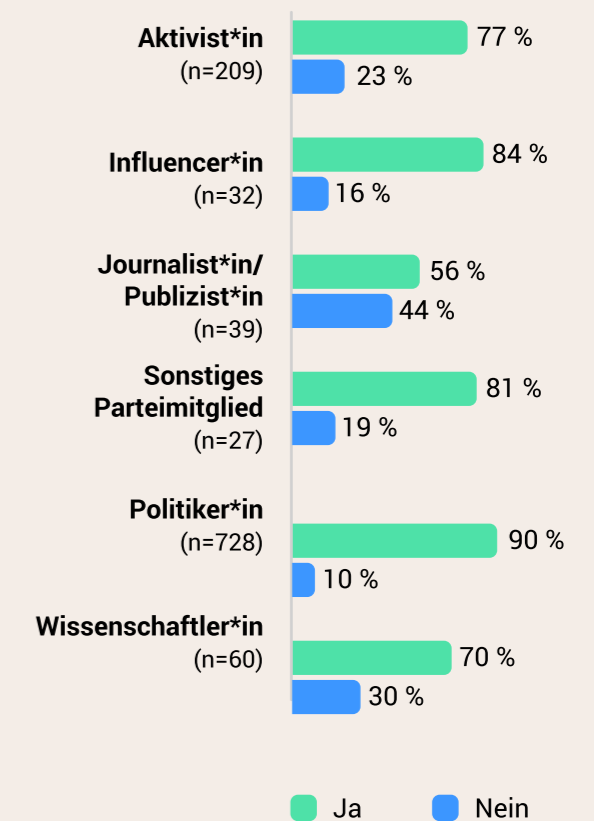


Abbildung 4 zeigt die Parteizugehörigkeit aller Politiker*innen. Sie lässt keine Rückschlüsse auf die Betroffenheit nach Parteiangehörigkeit zu. Der Fragebogen der Studie wurde an Abgeordnete aller zum damaligen Zeitpunkt im Bundestag und in den Landtagen vertretenen Fraktionen sowie an deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament verschickt. Außerdem wurde er über die Parteien an deren Mitglieder sowie an Kommunalpolitiker*innen weitergeleitet. Die Teilnahme war freiwillig.

522 (70 %) aller Politiker*innen gaben an, aktuell ein politisches Mandat innezuhaben und weitere 46 (6 %) Politiker*innen berichteten, in der Vergangenheit ein Mandat innegehabt zu haben. Zudem strebten 535 (72 %) Politiker*innen ein Mandat in der Zukunft an. 372 (33 %) der Teilnehmenden waren politisch engagierte Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Publizist*innen, Influencer*innen sowie sonstige Parteimitglieder (siehe Abbildung 2).

Die grundsätzliche Bereitschaft, in der Zukunft mehr politische Verantwortung zu übernehmen, war groß. 658 (90 %) der Politiker*innen konnten sich das vorstellen. Unter den weiteren politisch Engagierten haben 75 % der Befragten schon einmal darüber nachgedacht, mehr politische Verantwortung zu übernehmen (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Überlegung der Teilnehmenden, mehr politische Verantwortung zu übernehmen (n=772)



4.2 Qualitative Datenerhebung

Die qualitativen Interviews wurden in Kooperation mit der Forschungs- und Beratungsagentur Point Blank Research & Consultancy GmbH zwischen dem 2. Juli und dem 26. August 2024 durchgeführt. Sie hatten eine durchschnittliche Dauer von 60 Minuten.

Ziel der qualitativen Interviews war es, die quantitativen Erkenntnisse durch vertiefte Einblicke in den Umgang von betroffenen politisch engagierten Personen mit digitaler Gewalt zu erweitern. Dabei lag der Fokus auf Frauen.

Zwar sind alle Geschlechter von digitaler Gewalt betroffen, die vorliegende Studie ergibt aber, dass politisch engagierte Frauen vergleichsweise häufiger als Männer digitale Gewalt erfahren und sich dabei insbesondere die Art der Gewalt wesentlich unterscheidet von jener, die betroffene Männer in der Erhebung angaben. Dabei ist aber vor allem auch der Kontext der Inhalte signifikant: Frauen geben an, erheblich stärker von sexistischen Beleidigungen, Belästigungen und Vergewaltigungsandrohungen betroffen zu sein. Auch denken sie signifikant häufiger darüber nach, sich aus der Politik zurückzuziehen (22 % Frauen, 10 % der Männer). Hinzu kommt, dass Frauen generell in der Politik weniger repräsentiert sind.³³ Die Folgen für die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe und die Repräsentanz von Frauen in der Politik durch digitale Gewalt sind so potenziell erheblicher. Daher – und auch, weil bisherige Forschungserkenntnisse eine geschlechtsspezifische Dimension von digitaler Gewalt nahelegen – war es in der vorliegenden Studie von besonderem Interesse, der spezifischen Betroffenheit von Frauen nachzugehen.

Es wurden 34 politisch engagierte Frauen in Deutschland mit einer Einladung zu einem Interview kontaktiert. Zwölf Teilnehmerinnen sagten zu. Die Interviewpartnerinnen wurden vor Beginn des Interviews darauf hingewiesen, dass die Teilnahme an der Studie freiwillig sei, dass sie das Interview jederzeit ohne Konsequenzen abbrechen dürften und dass die Ergebnisse in anonymisierter Form veröffentlicht werden würden.

Von den Teilnehmerinnen waren neun Politikerinnen, zwei Journalistinnen und eine Aktivistin. Um verschiedene Perspektiven einzubeziehen, wurde darauf geachtet, Teilnehmerinnen mit unterschiedlich viel Erfahrung in ihrer Tätigkeit zu wählen. Sie arbeiten auf unterschiedlichen politischen Ebenen und vertreten unterschiedliche politische Positionen. Dabei wurden sowohl Politikerinnen in EU-Spitzenpositionen, Mitarbeitende von Politikerinnen, parteiunabhängige Bürgermeisterinnen, frei arbeitende sowie fest angestellte Journalistinnen inkludiert.

5 Ergebnisse

5.1 Wer erlebt digitale Gewalt?

Insgesamt waren 649 Befragte, also 58 % aller Teilnehmenden, schon einmal von digitaler Gewalt betroffen. Aber nicht alle gleich: Während Männer in 53 % (287) der Fälle von digitaler Gewalt betroffen waren, lag dieser Anteil unter den Frauen bei 63 % (362) (siehe Abbildung 6).

Zudem waren Journalist*innen (75 %) und Influencer*innen (73 %) mit Bezügen zu politischen Themen (z. B. zu Nachrichten, politischem Handeln von Parlamenten/Regierungen) häufiger von digitaler Gewalt betroffen als Politiker*innen (60 %), Aktivist*innen (57 %), Parteimitglieder (41 %) und Wissenschaftler*innen (26 %) (siehe Abbildung 7).

Ausnahmslos alle Interviewpartnerinnen der qualitativen Interviews berichteten, dass sie regelmäßig, oft wöchentlich, digitaler Gewalt ausgesetzt sind.

„Im Schnitt wird einmal die Woche online gegen mich und meine Entscheidungen gehetzt.“

Kommunalpolitikerin

„Egal was ich sage auf Social Media, ich weiß, es kommen Hasskommentare.“

Bundespolitikerin

Abbildung 6: Geschlechterverteilung Betroffener digitaler Gewalt (n=1.114)

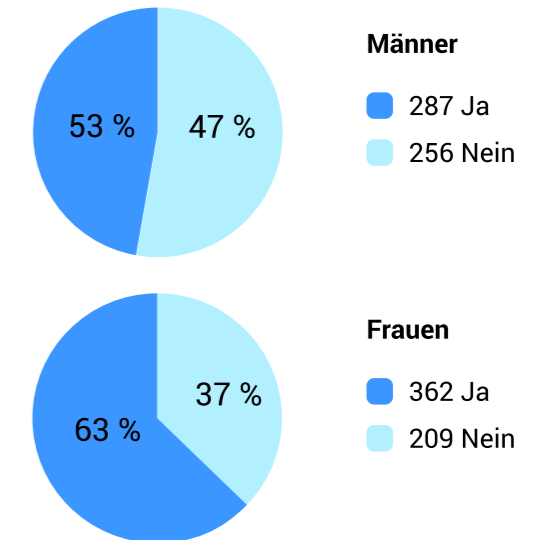
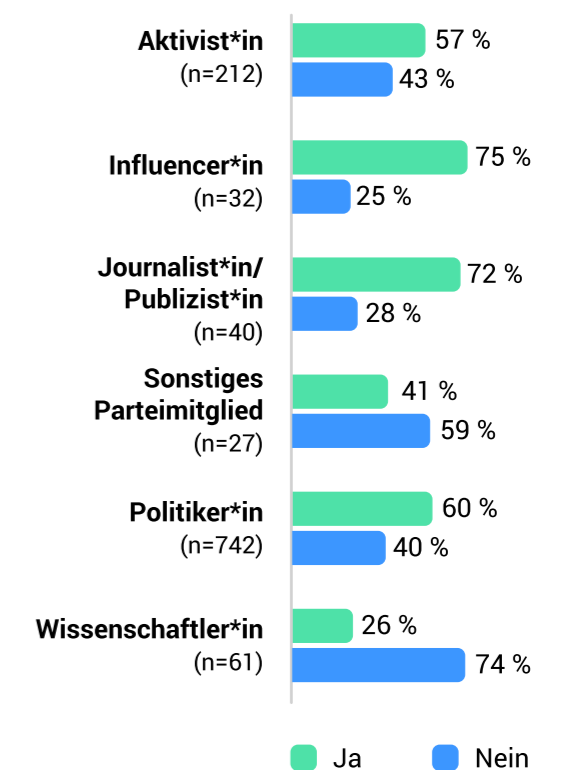


Abbildung 7: Betroffene digitaler Gewalt und ihre Berufe (n=1.114)



5.2 Wo erfahren politisch Engagierte digitale Gewalt?

Nutzer*innen aller Social-Media-Plattformen schilderten Erfahrungen mit digitaler Gewalt. Unter den TikTok-Nutzer*innen (n=204) berichteten 86 % von digitaler Gewalt, sie waren somit stärker betroffen als Nutzer*innen anderer Plattformen. Aber auch Befragte, die andere Plattformen nutzten, erlebten digitale Gewalt: 67 % der 759 Instagram-Nutzer*innen, 66 % der 641 Facebook-Nutzer*innen und 76 % der 238 X-Nutzer*innen gaben an, digitale Gewalt erlebt zu haben. Pinterest-Nutzer*innen waren im Vergleich am wenigsten mit digitaler Gewalt konfrontiert. Von 25 Nutzer*innen berichteten nur 56 % von digitaler Gewalt.

5.3 Welche Formen digitaler Gewalt erleben politisch Engagierte?

Die am häufigsten erlebte Form digitaler Gewalt sind gewaltvolle Kommentare als Reaktion auf politische oder aktivistische Positionen der Betroffenen (siehe Abbildung 8). Ein Großteil der Betroffenen gab an, bereits solche Angriffe erlebt zu haben (Männer: 94 %, Frauen: 89 %). Dabei gebe es immer wieder Höhepunkte, zum Beispiel im Wahlkampf oder während aktivistischer Kampagnen.

„Bei besonders strittigen Entscheidungen in der Stadtratssitzung bekomme ich besonders viele Nachrichten, auch Hetze und Drohungen.“

Kommunalpolitikerin

„Mich erreichen wöchentlich Beleidigungen und Drohungen. Je stärker ich patriarchale Privilegien von Männern infrage stelle, desto hemmungsloser wird die Gewalt.“

Aktivistin

Als zweithäufigste Form digitaler Gewalt wurden bevormundende Kommentare, wie zum Beispiel „kleines Mädchen“ oder „echte Männer jammern nicht“ genannt. Viele Betroffene wurden auch als verrückt oder übersensibel bezeichnet (78 % der weiblichen und 71 % der männlichen Betroffenen).

Sexualisierte Gewalt ist eine weitere Form von digitaler Gewalt. Hier zeigten sich große Unterschiede zwischen den Befragten: Während fast ein Viertel aller betroffenen Frauen bereits Androhungen sexueller Gewalt, z. B. Vergewaltigungsdrohungen, erhalten hat, belief sich dieser Anteil unter den Männern auf lediglich 3 %. Männer erhielten hingegen zu einem größeren Anteil Androhungen anderer körperlicher Gewalt, wie Schläge oder Mord (51 % der Männer und 43 % der Frauen). Anfeindungen gegen weibliche Befragte richteten sich häufiger gegen ihr Aussehen oder ihre persönlichen Merkmale, z. B. ihr Privatleben, ihren Beziehungsstatus, ihr Alter oder ihre religiöse Überzeugung (siehe Abbildung 8).

„Am häufigsten zielt es auf mein Aussehen ab: mein Gewicht, meine Frisur.“

Landespolitikerin

„Fotos von mir von Veranstaltungen wurden veröffentlicht mit dem Aufruf, mich umzubringen.“

Journalistin

„Ich bin geschieden und werde als Rabenmutter betitelt. Wähler müssten ausbaden, dass ich mein Privatleben nicht hinbekäme.“

Kommunalpolitikerin

Digitale Gewalt gegen politisch engagierte Frauen ist oft persönlich und misogyn.

Misogyne und sexualisierte Gewalt

Von Online-Misogynie, etwa in Form von Sexismus und Frauenhass, waren 68 % aller befragten Frauen betroffen, die digitale Gewalt erlebten (n=362). In den qualitativen Interviews wurde deutlich, dass viele dieser Anfeindungen besonders gewaltvoll sind.

„Geschlecht spielt definitiv eine Rolle... es wird ständig hinterfragt, ob ich meine Rolle kann.“

Bundespolitikerin

„Meine Mutterrolle wird hinterfragt. Ob ich denn überhaupt allem gerecht werden würde.“

Kommunalpolitikerin

„Vergewaltigungsandrohungen, oder die Aussage, ich müsste nur mal richtig durchgefickt werden.“

EU-Politikerin

„Ich und andere Politikerinnen sollten alle mal von Flüchtlingen vergewaltigt werden... dann würden wir sehen.“

Bundespolitikerin

20 % der Frauen, die von digitaler Gewalt betroffen waren (n=649), erlebten außerdem sexualisierte Gewalt. Bei Männern war das im Vergleich deutlich seltener der Fall (4 %). Das bedeutet, sie erhielten etwa ungefragt Genitalbilder, sogenannte Dickpics oder Vulvapics. Zudem gaben 13 % der betroffenen Männer und 25 % der betroffenen Frauen an, Angst davor zu haben, dass gefälschte Nacktbilder oder intime Aufnahmen von ihnen ohne ihre Einwilligung online veröffentlicht werden könnten (n=649).

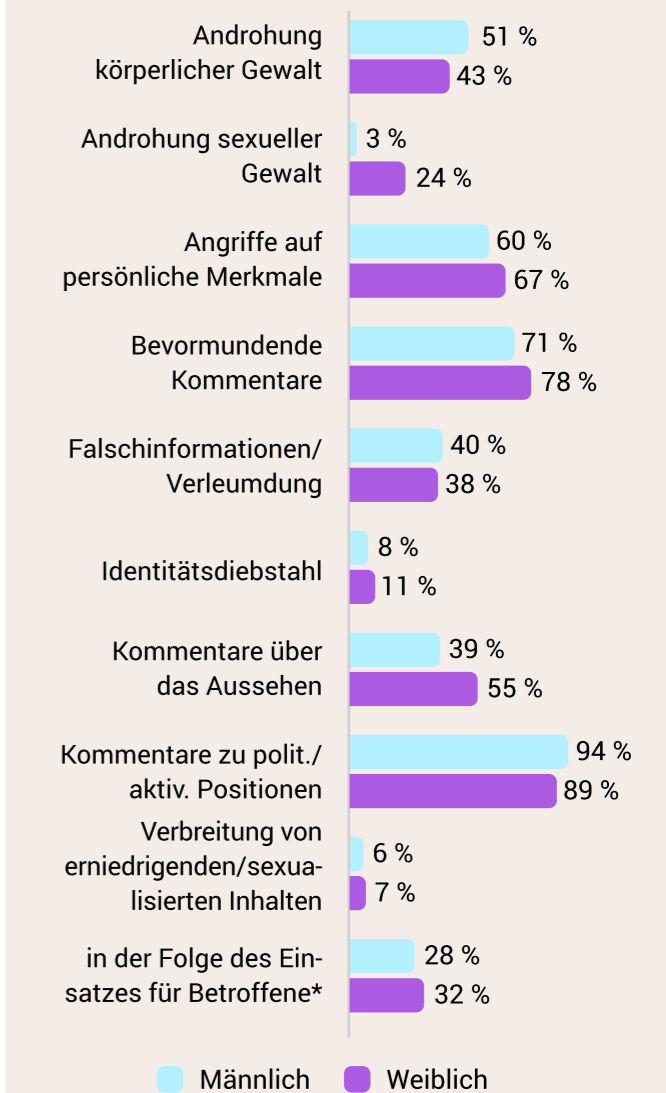
„Ich bekomme auch von irgendwelchen Typen Nachrichten oder Dickpics auf meinen offiziellen Kanälen.“

Kommunalpolitikerin

„Bilder von mir wurden in rechten Foren veröffentlicht, wie fett und hässlich ich sei.“

Bundespolitikerin

Abbildung 8: Formen von digitaler Gewalt



* „In der Folge des Einsatzes für Betroffene“: Befragte, die diese Form digitaler Gewalt erlebten, hatten zuvor eine andere Person, die angefeindet wurde, verteidigt. In der Folge wurden sie selbst angegriffen.

Zusammenhang mit Gewalt im analogen Raum

Personen, die von digitaler Gewalt betroffen sind, berichteten zu einem größeren Anteil davon, auch analoge Gewalt erlebt zu haben (siehe Abbildung 9). So erwähnten Betroffene von digitaler Gewalt beispielsweise häufiger physische Angriffe (jeweils 32 % für Männer und Frauen) als diejenigen, die nicht von digitaler Gewalt betroffen waren (10 % der Männer, 14 % der Frauen). Insgesamt berichteten 71 % aller Personen, die digitale Gewalt erfahren hatten, davon, mindestens eine Form analoger Gewalt erfahren zu haben. Im Gegensatz dazu waren es unter denen, die keine digitale Gewalt erfahren hatten, nur 47 %. Ob in der Kommentarspalte oder auf der Beteiligungsveranstaltung vor Ort: Die Interviewpartnerinnen schilderten, dass die Stimmung und die Diskussionskultur in den letzten Jahren aggressiver und angespannter geworden seien.

„Wahlplakate hängen wir nur noch in Gruppen auf und ich schaue auch, dass ich meine Wahlhelfer nicht alleine zum Parkplatz gehen lasse.“

EU-Politikerin

„Es gibt viele Leute, für die ich an ihren persönlichen Schicksalen schuld bin – die wissen auch, wo ich wohne. Ich erlebe inzwischen auf der Straße die gleiche Wortwahl wie online – das ist seit 2022 schlimmer geworden.“

Kommunalpolitikerin

Die Art der Angriffe außerhalb des Internets unterscheidet sich jedoch zum Teil stark und betrifft nicht alle gleich: 45 % der politisch engagierten Frauen, die digitale Gewalt erlebt haben, berichteten von geschlechtsspezifischer und sexueller Belästigung im analogen Raum, im Vergleich zu 6 % der Männer in der gleichen Gruppe.

Persönliche Kontaktdaten wie die Privatadresse oder die Telefonnummer werden recherchiert und im Internet veröffentlicht, wodurch die Bedrohung für die Betroffenen nahbarer wird.

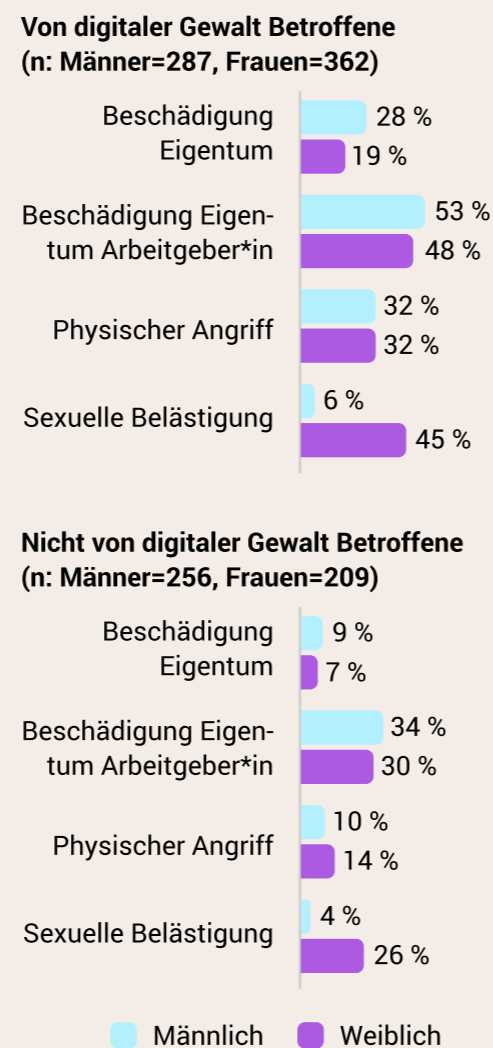
„Ich bekomme nachts Anrufe mit unterdrückter Nummer und Nachrichten auf der Mailbox.“

Kommunalpolitikerin

„Ich hatte einen Stalker [...]“

Journalistin

Abbildung 9: Erlebte analoge Gewalt



5.4 Auswirkung der digitalen Gewalt

Die Folgen digitaler Gewalt sind sehr vielfältig, wobei es signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. So berichteten Männer häufiger von positiven Reaktionen auf die Gewalt (siehe Abbildung 10). Das kann etwa daran liegen, dass sie durch die erfahrenen Anfeindungen eine höhere Motivation entwickelten, sich weiterhin zu engagieren. Zudem gaben mehr Männer als Frauen an, bei sich selbst positive Bestärkung für das Engagement zu bemerken, wie zum Beispiel sich nach digitalen Angriffen in den eigenen Ansichten bestärkt zu fühlen, oder amüsiert von der digitalen Gewalt zu sein.

Im Gegensatz dazu berichteten Frauen deutlich häufiger von negativen emotionalen Reaktionen (Männer 69 %, Frauen 82 %). Sie fühlten sich zum Beispiel häufiger eingeschüchtert, gestresst, handlungsunfähig oder spürten körperliche Auswirkungen wie Kopfschmerzen oder Schlaflosigkeit. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass der sexualisierende Charakter der Anfeindungen, der als besonders demütigend wahrgenommen wird, in Zusammenhang mit diesen Auswirkungen steht.

Die qualitativen Interviews zeigen: Digitale Gewalt kann zu extremen, anhaltenden emotionalen Belastungen bei politisch engagierten Frauen führen. Der anhaltende Druck führt nicht nur zu körperlicher und emotionaler Erschöpfung, sondern auch zu einem Gefühl der Entmutigung, Frustration und Entfremdung.

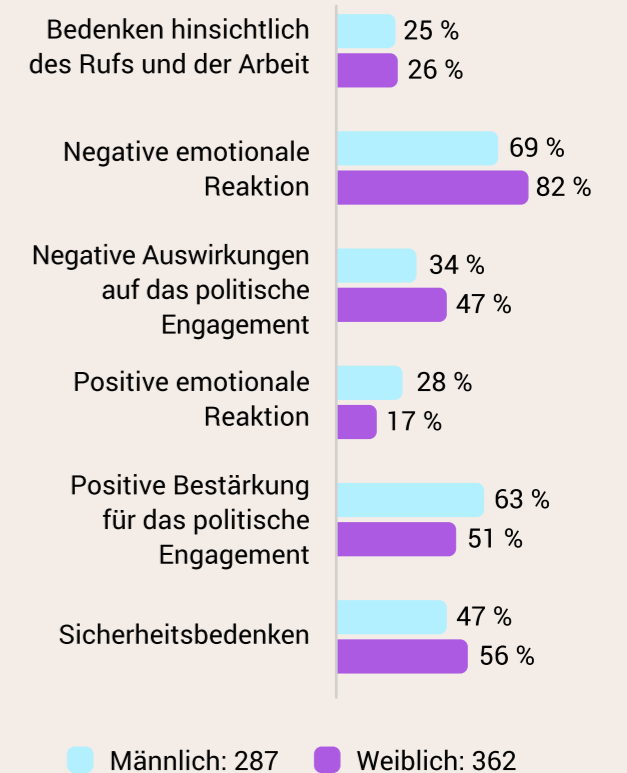
„Da ist leider wenig Wertschätzung für meine Arbeit, obwohl ich mich so stark engagiere.“

Kommunalpolitikerin

„Ich muss sagen: Das ist wirklich niederschmetternd und laugt einen aus. Es ist schwierig, da weiterhin Kraft zu finden.“

Bundespolitikerin

Abbildung 10: Reaktionen auf digitale Gewalt



Mehr als die Hälfte der von digitaler Gewalt betroffenen Frauen (56 %) und 47 % der Männer äußerten Sicherheitsbedenken wie: Angst, alleine zu Hause zu sein oder Sorge um die Sicherheit ihrer Familie und Freund*innen.

„Ich habe immer Sorge, dass es ins Physische umschlägt.“

Bundespolitikerin

Gleichzeitig gaben mehr Frauen (47 %) als Männer (34 %) an, dass die erfahrene digitale Gewalt negative Auswirkungen auf ihr politisches Engagement habe. Sie stellten ihre Arbeit infrage oder fühlten sich entmutigt, sich politisch zu äußern.

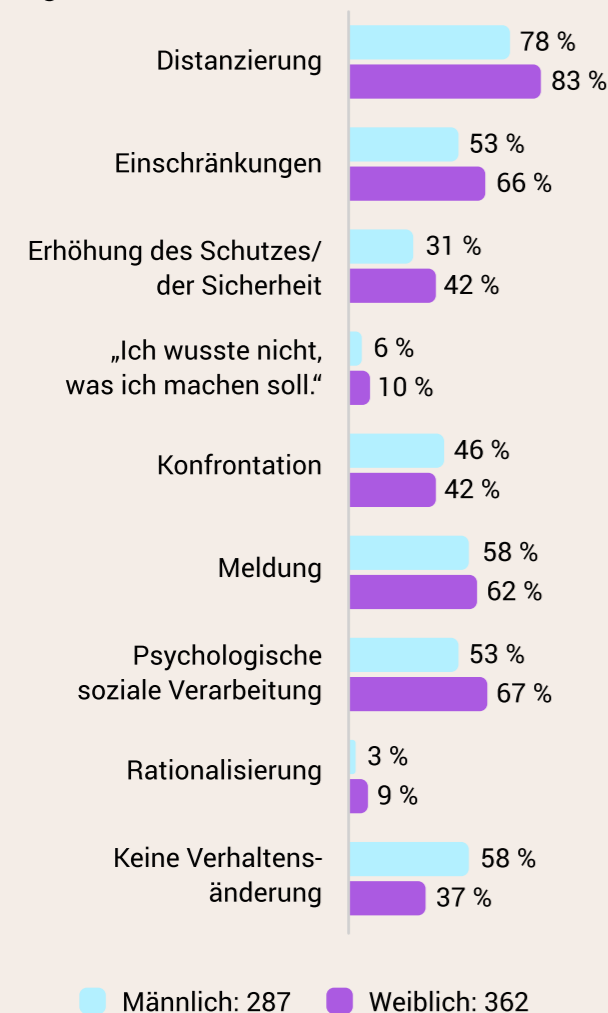
5.5 Umgang mit digitaler Gewalt

In der Erhebung wurden verschiedene Formen des Umgangs mit der digitalen Gewalt und Gegenmaßnahmen abgefragt.

Ergriffene Maßnahmen

Der Großteil der Betroffenen versuchte, sich zu distanzieren. Das heißt zum Beispiel: Anfeindungen ignorieren, blockieren, stummschalten oder keine Kommentare mehr lesen (siehe Abbildung 11). In den qualitativen Interviews berichteten die betroffenen Frauen etwa, dass ihnen diese Maßnahmen helfen, um Angriffe weniger an sich heranzulassen.

Abbildung 11: Ergriffene Maßnahmen gegen digitale Gewalt



„Eine Zeitlang hab ich mich mal komplett rausgezogen. Da hat sich eine Freundin drum gekümmert, also meine Mails und meine Social-Media-Profile überwacht.“

Bundespolitikerin

Trotzdem fällt auf, dass ein erheblicher Anteil der Betroffenen beider Geschlechter nicht wusste, wie sie reagieren sollten. Dies deutet auf unzureichende Unterstützung und Aufklärung hin, die Betroffenen helfen könnten, angemessen mit digitaler Gewalt umzugehen. Zudem ändern trotz der erlebten Gewalt 58 % der Männer und 37 % der Frauen ihr Nutzungsverhalten nicht, ergreifen keine Maßnahmen oder geben an, dass ihr politisches Engagement in keiner Weise von der erfahrenen digitalen Gewalt beeinflusst wurde. Mögliche Gründe: Sie könnten zum Beispiel resilienter werden oder aber resignierter.

Darüber hinaus schränkte die Mehrheit der Frauen (66 %) und der Männer (53 %) ihre Nutzung der sozialen Medien ein (siehe Abbildung 11). Das heißt auch: Sie passten etwa ihren Ton, den Inhalt oder die Frequenz ihrer Online-Kommunikation an. Zur Einschränkung konnte auch gehören, die Nutzung der Plattformen zu pausieren, die eigenen Konten zu deaktivieren, öffentliche Auftritte zu reduzieren oder sogar eine Auszeit von der Arbeit zu nehmen. Ein kleinerer Teil der Betroffenen berichtete von dem Versuch, eher rational mit der erlebten Gewalt umzugehen. Sie arbeiteten etwa einen Krisenplan oder ein Sicherheitskonzept aus und betrachteten die Angriffe eher als ein berufliches und weniger als ein privates Problem.

„Ich habe kurzzeitig mein Profil auf privat gestellt. Man hat nicht mehr so viel Motivation und Energie, sich zu einem Thema zu äußern, das fühlt sich schon nach einer Einschränkung an.“

Bundespolitikerin

„Ich ziehe mich schon auch zurück, ich bin zum Beispiel nicht mehr bei X.“

Bundespolitikerin

Besonders auffällig ist der Unterschied in der psychologischen und sozialen Verarbeitung: Während 67 % der Frauen angeben, Maßnahmen zu psychologischer und sozialer Verarbeitung zu nutzen, sind es bei den Männern nur 53 % (siehe Abbildung 11). Die psychologische und soziale Verarbeitung kann Maßnahmen umfassen, bei denen Betroffene von digitaler Gewalt auf persönliche Kommunikationskanäle, psychologische Unterstützung und Zeit allein zurückgreifen, um die Erfahrungen zu verarbeiten. Dies schließt die Inanspruchnahme professioneller Hilfe, Gebet oder Meditation, Gespräche mit Selbsthilfegruppen sowie den Austausch mit Freund*innen, Familie und Kolleg*innen ein.

Juristisches Vorgehen gegen die Angreifenden

Von allen betroffenen politischen Engagierten gaben 30 % an, schon einmal eine Strafanzeige bei der Polizei erstattet zu haben. 11 % haben sich bereits anwaltliche Unterstützung gesucht. 8 % sind bereits zivilrechtlich gegen die digitale Gewalt vorgegangen. Hierbei muss allerdings angemerkt werden, dass nur 28 % aller Betroffenen den Namen der Angreifenden kannten. Zum Teil gab es aber auch Angriffe von Kolleg*innen (aus der eigenen Partei) (siehe Abbildung 12).

Dies spiegelte sich auch in den qualitativen Interviews wider, in denen Betroffene berichteten, dass die Verfolgung der Angreifenden eine besondere Herausforderung darstelle, da diese oft private Profile oder Pseudonyme verwenden und so anonym bleiben würden.

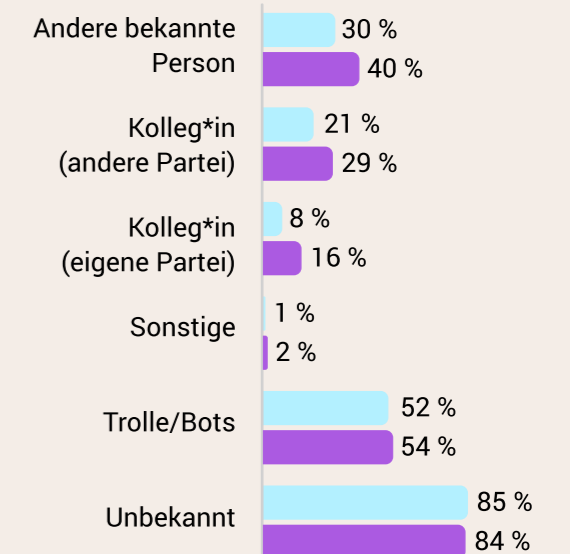
Darüber hinaus bestätigten die qualitativen Interviews, dass in Einzelfällen auch nicht-anonyme Anfeindungen aus dem eigenen Parteiumfeld auftreten. Eine Landespolitikerin berichtete von systematischer Abwertung über interne Kommunikationskanäle:

„Ich hatte auch eine Person in meinem Parteiumfeld, die mich über Slack systematisch abgewertet hat. Die immer sagt, ich könnte nichts. Die habe ich auch angezeigt.“

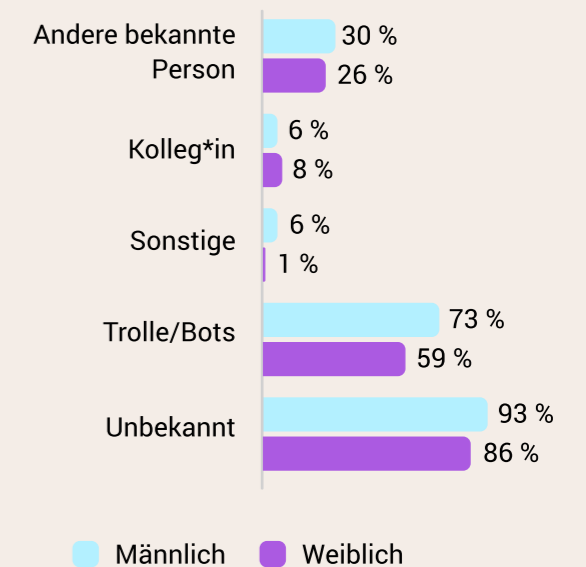
Landespolitikerin

Abbildung 12: Information über die Angreifenden

Von digitaler Gewalt betroffene Politiker*innen (n: Männer=216, Frauen=232)



Von digitaler Gewalt betroffene Teilnehmende anderer Berufsgruppen (n: Männer=71, Frauen=130)



Ausstiegsüberlegungen

In Bezug auf langfristige Überlegungen der Betroffenen zeigen die Daten, dass 49 % der von digitaler Gewalt betroffenen politisch engagierten Frauen aller befragten Berufsgruppen zumindest manchmal darüber nachdachten, bewusst keine Position anzunehmen in der sie besonders häufig digitaler Gewalt ausgesetzt wären. 11 % verfolgte dieser Gedanke sogar immer. So ging es etwa diesen Landespolitikerinnen:

„Es macht was mit mir, wie ich meine Meinung äußere und ich habe mich schon gefragt: Will ich mir dieses politische Amt eigentlich nochmal antun?“

Landespolitikerin

„Ich hab mich wirklich gefragt: Tust du dir das weiter an?“

Landespolitikerin

„Ich wollte eigentlich stellvertretende Landesvorsitzende werden. Aber die Kandidatur habe ich dann sein lassen.“

Landespolitikerin

Die von digitaler Gewalt betroffenen politisch engagierten Männer hingegen dachten nur in 30 % der Fälle zumindest manchmal darüber nach, 3 % davon ständig.

30 % der betroffenen Frauen gaben an, mindestens manchmal darüber nachgedacht zu haben (17 % Männer), sich angesichts der erfahrenen digitalen Gewalt in einem anderen Rahmen als der Parteipolitik zu engagieren oder die Position zu wechseln. 22 % berichteten, über einen Ausstieg aus ihrem aktuellen politischen Engagement nachzudenken (Männer 10 %).

Politiker*innen dachten etwa gleich oft darüber nach, ihr politisches Engagement ganz zu beenden

(17 %) wie Befragte aus anderen Berufsgruppen (16 %). Letztere hingegen überlegten häufiger, Positionen nicht anzunehmen, da sie besonders häufig digitaler Gewalt ausgesetzt sind (45 %, Politiker*innen: 38 %). Ein Viertel (25 %) von ihnen dachte über einen Wechsel in eine Position nach, die weniger häufig digitaler Gewalt ausgesetzt ist als ihre bisherige. Politiker*innen überlegten ähnlich häufig (24 %), sich wegen digitaler Gewalt eher in einem anderen Rahmen als der Parteipolitik zu engagieren.

„Ich werde tatsächlich zurücktreten. Ich habe für mich gemerkt: Ich möchte nicht so in der Öffentlichkeit stehen... und auch nicht mehr parteipolitisch aktiv sein.“

Bundespolitikerin

5.6 Unterstützungsmechanismen

Die Vorbereitung auf digitale Gewalt variiert zwischen Berufsgruppen, wobei politisch engagierte Personen oft unzureichende Unterstützungsstrukturen vorfinden. Dies wird besonders deutlich, wenn man nach den verfügbaren Ressourcen fragt.

Die Umfrageergebnisse zeigen unzureichende Unterstützungsstrukturen: 49 % der Männer und 66 % der Frauen aller befragten Berufsgruppen, die politische Ambitionen haben, fühlten sich auf die Herausforderungen digitaler Gewalt nicht adäquat vorbereitet (n=1.114). Nur 26 % der Parteimitglieder und 45 % der Politiker*innen fühlten sich präventiv gut unterstützt (siehe Abbildung 13). Das lässt auf mangelnde präventive Maßnahmen und Angebote innerhalb traditioneller politischer Organisationen schließen.

Die qualitativen Interviews heben zudem hervor, dass vorhandene Unterstützungsmechanismen oft nicht ausreichen, um den Betroffenen ein Gefühl der Sicherheit und des Schutzes zu geben. Eine Interviewte teilte mit, dass sie sich, trotz der Verfügbarkeit von Ansprechpersonen in ihrer Partei, mehr proaktive Unterstützung wünsche. Dabei ginge es ihr insbesondere um psychologische Beratung und rechtliche Hilfe, um gegen digitale Angriffe vorzugehen.

„Ich habe zweimal gefragt, ob ich Unterstützung bekommen kann, aber nie ist was passiert.“

Bundespolitikerin

„Ich habe kein Team, ich lese alles selbst, auch um das Stimmungsbild in meiner Kleinstadt einschätzen zu können.“

Kommunalpolitikerin

Zusätzlich äußerten 48 % der von digitaler Gewalt betroffenen Männer und 59 % der betroffenen Frauen den Wunsch nach mehr Solidarität innerhalb ihrer Gemeinschaften und an ihren Arbeitsplätzen (n=649).

„Ich würde mir wünschen, dass man nicht noch als Opfer runtergeredet wird.“

Landespolitikerin

Obwohl 59 % der betroffenen Männer und 53 % der betroffenen Frauen angaben, dass es in ihrer Partei oder an ihrem Arbeitsplatz Ansprechpersonen zur Unterstützung bei digitaler Gewalt gibt, zeigen die Ergebnisse: Die vorhandenen Unterstützungsmechanismen reichen nicht aus, um den Betroffenen das Gefühl zu geben, gut geschützt und unterstützt zu sein (n=649).

Nur 28 % der Männer und 24 % der Frauen gaben an, dass die Institution, bei der sie tätig sind, ausreichend Mittel für den Umgang mit digitaler Gewalt zur Verfügung stellt (n=957) (siehe Abbildung 14).

Diese Erkenntnisse verdeutlichen die Notwendigkeit, bessere und gezielte Angebote zu entwickeln, die nicht nur auf die spezifischen Bedürfnisse von Personen in der Öffentlichkeit eingehen, sondern auch eine Kultur der Unterstützung und des Schutzes vor digitaler Gewalt fördern und institutionalisieren.

Abbildung 13: Gefühl der Vorbereitung auf digitale Gewalt (n=1.114)

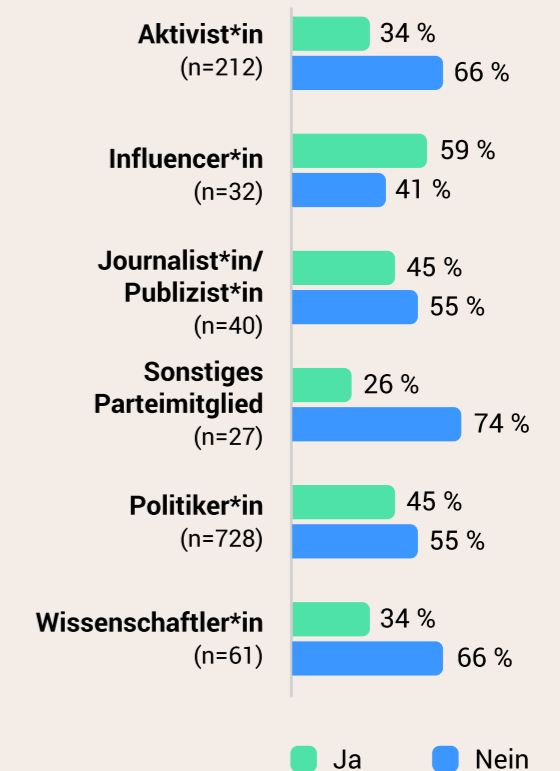
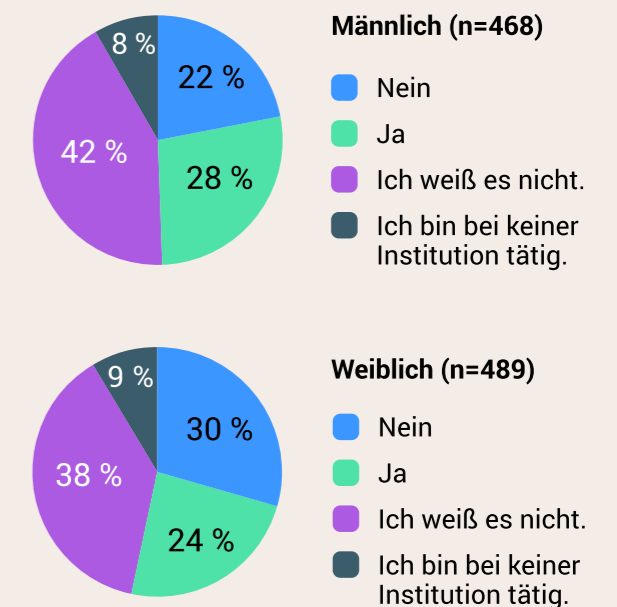


Abbildung 14: Vorhandensein unterstützender Mittel von Institution



Exkurs: Erfahrungen der sich als divers identifizierenden Teilnehmenden

16 der 1.130 Teilnehmenden identifizierten sich als divers. Auch wenn aufgrund der geringen Gruppengröße kein statistischer Vergleich mit der Gruppe der männlichen und weiblichen politisch Engagierten möglich war, sollen die Erkenntnisse zu dieser Teilgruppe einfließen. Hieraus lassen sich jedoch maximal Tendenzen ablesen, die Hinweise auf einen weiteren Forschungsbedarf geben können. Um die Anonymität innerhalb dieser sehr kleinen Gruppe zu gewährleisten, wurden bestimmte Variablen, wie beispielsweise die Berufsgruppe oder Parteizugehörigkeit, nicht ausgewertet.

13 der 16 diversen Teilnehmenden berichteten, digitale Gewalt erfahren zu haben. Am häufigsten wurden hierbei Kommentare zu politischen bzw. aktiven Positionen (85 %), Angriffe auf persönliche Merkmale (85 %) und bevormundende Kommentare (77 %) genannt. Die Betroffenen erlebten aber auch Androhung körperlicher (54 %) und sexueller (31 %) Gewalt. Von Identitätsdiebstahl und Verbreitung von sexualisierten/erniedrigenden Inhalten hingegen berichtete die Gruppe der Befragten nicht.

Zusätzlich erlebten 6 der 13 Betroffenen digitaler Gewalt und 2 der Nicht-Betroffenen mindestens eine Form der Offline-Gewalt, darunter Beschädigung des Eigentums des Arbeitgebers (76 %) oder der Person (25 %), sexuelle Belästigung (50 %) und physische Angriffe (38 %).

Am stärksten wirkte sich diese Gewalt auf das Sicherheitsgefühl derer aus, die digitale Gewalt erlebten. **So äußerten 9 Betroffene Sicherheitsbedenken aufgrund der erlebten Online-Gewalt.** Die psychologische Belastung durch digitale Gewalt spiegelt sich auch in den emotionalen Reaktionen der Betroffenen wider: Sie waren eher negativ (54 %) als positiv (39 %). Dennoch berichteten Betroffene häufiger von positiven (54 %) als von negativen Auswirkungen auf ihr Engagement (39 %). Das kann etwa daran liegen, dass Betroffene der erlebten Gewalt zum Trotz eine höhere Motivation entwickelten, sich weiterhin zu engagieren.

Im Umgang mit der digitalen Gewalt meldeten die Betroffenen am häufigsten die Inhalte an die Plattform (77 %), distanzieren sich von der Gewalt (77 %) oder schränken ihr Nutzungsverhalten ein (69 %). Zudem dachten 31 % der Personen zumindest manchmal daran, keine Position anzunehmen, die besonders häufig digitaler Gewalt ausgesetzt ist. Ebenfalls 31 % dachten darüber nach, ihr Engagement zu wechseln und 15 % dachten darüber nach, auszustiegen.

Die Hälfte der diversen Personen fühlte sich nicht adäquat auf digitale Gewalt vorbereitet. **Von denen, die digitale Gewalt bereits erlebt hatten, wünschten sich 54 % der Personen mehr Solidarität mit den Betroffenen und weitere 54 % der Personen bestätigten, dass es in ihrer Institution keine Ansprechpersonen zu dem Thema gäbe.** Auf die Frage, ob bei ihrer Institution ausreichend Mittel für den Umgang mit digitaler Gewalt zur Verfügung gestellt werden, antwortete keine der betroffenen Personen mit Ja, aber 39 % von ihnen explizit mit Nein.

6 Politische Forderungen

Damit politisch Engagierte sich weiter für unsere Gesellschaft stark machen können, wünschen sich die Teilnehmenden, dass die Parteien, Strafverfolgung und Justiz sowie die Online-Plattformen aktiv werden. Aus den Erkenntnissen der Befragung und aus der politischen Arbeit von HateAid lassen sich folgende konkrete Lösungsansätze ableiten:

An die Vorsitzenden der Parteien:

- **Parteiinterne Anlaufstelle für Betroffene:** Es braucht eine institutionalisierte, innerparteiliche Anlaufstelle für Betroffene von digitaler Gewalt. Die Erhebung zeigt sehr klar, dass die bisherigen Ansprechpersonen nicht als ausreichend wahrgenommen werden. Diese Stelle muss mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sein, um z. B. Inhalte auf den Plattformen zu melden, Beweise zu sichern und bei Strafanzeigen zu unterstützen. Diese Arbeit kann nicht den einzelnen Politiker*innen und ihren Mitarbeitenden aufgebürdet oder einzig von zivilgesellschaftlichen Organisationen geleistet werden.
- **Praktische und juristische Unterstützung:** Parteien müssen insbesondere ihren Amtsträger*innen vor allem auf kommunaler Ebene, und nach Möglichkeit auch auf weiteren Ebenen, Unterstützung in der Rechtsdurchsetzung anbieten. Hierfür müssen finanzielle Mittel parteiintern zur Verfügung gestellt werden. Auch für akute Gefahrensituationen müssen finanzielle Mittel schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen, um z. B. Personenschutz oder Hotelübernachtungen zu finanzieren, wenn die Privatadresse veröffentlicht wurde oder Morddrohungen eingehen. Hierzu zählen auch der Einbau von Sicherheitsschlössern oder Überwachungskameras.
- **Kandidierende proaktiv schützen:** Kandidierende sind bei Anfeindungen oft auf sich allein gestellt. Parteien müssen ihnen insbesondere in Wahlkampfzeiten präventive Vorbereitung auf Hasskampagnen und Grundlagen der Krisenkommunikation anbieten und sie so gezielt schulen. Während der Angriffe sollten sie Social-Media-Screenings und Moderationsressourcen zur Verfügung stellen.
- **In Akutsituationen Rückendeckung bieten:** Es braucht parteiinterne und öffentliche Solidarität mit Betroffenen als institutionalisierten Mechanismus innerhalb von Parteien. Viele Kommunalpolitiker*innen werden angefeindet, da sie oft als Projektionsfläche für bundespolitische Entscheidungen ihrer Parteien dienen. Gerade deshalb sollte in solchen Situationen innerparteiliche, aber auch öffentliche Solidarisierung mit den Kandidierenden vor allem durch Partei, Bundespolitik und Vorsitzende der Partei erfolgen.

An Vertreter*innen von Strafverfolgung und Justiz:

- **Klare Zuständigkeiten und Ansprechpersonen:** Vertreter*innen von Justiz und Polizei sollten gezielt den Austausch mit politisch Engagierten vor Ort suchen und niedrigschwellige Kontaktwege zu persönlichen Ansprechpersonen zur Verfügung stellen, damit im Notfall klar ist, an wen sich Betroffene wenden können.
- **Schutzmöglichkeiten ausschöpfen:** Gefährdungsprognosen für einzelne Politiker*innen sollten nicht wie bisher üblich allein nach analogen Kriterien erstellt, sondern um digitale Bedrohungen, wie Doxing³⁴ erweitert werden. Denn auch diese stellen eine reale Gefahr für die körperliche Unversehrtheit der Betroffenen und oftmals auch die ihrer Familien dar. Strafverfolgungsbehörden müssen dieser Situation daher mit der notwendigen Ernsthaftigkeit begegnen und die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen.
- **Konsequente und zeitnahe Strafverfolgung:** Gewalt gegen Personen des politischen Lebens ist kein privates Problem, sondern ein gesellschaftliches. Durch die Erweiterung des § 188 StGB sollte dem bereits begegnet und die Strafverfolgung von Beleidigungsdelikten in bestimmten Fällen auch ohne Strafantrag ermöglicht werden, wenn sie das öffentliche Wirken erheblich erschweren. Die Norm erfasst aber keine Anfeindungen per Privatnachricht oder E-Mail, ist nicht auf Journalist*innen und Aktivist*innen anwendbar und wird auch bei öffentlichen Kommentaren sehr restriktiv ausgelegt. Es braucht jedoch auch in den Fällen, die nicht von der Norm erfasst sind, eine konsequente Strafverfolgung von Hasskriminalität gegen politisch Engagierte. Von einer Einstellung der Verfahren muss abgesehen werden und ein Verweis auf den Privatklageweg verbietet sich (entsprechend Nr. 86 RiStBV). Zudem müssen Verfahren zeitnah abgeschlossen werden. Es ist unbedingt erforderlich, dass Strafverfolgungsbehörden und Justiz hierfür mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden.
- **Informationen über den Ausgang des Verfahrens:** Betroffene digitaler Gewalt werden aktuell nur auf Antrag (§ 406d StPO) über den Ausgang eines gerichtlichen Strafverfahrens informiert. Nach der Anzeige erhalten sie zwar Informationen über die Einstellung des Verfahrens, jedoch oft keine oder unzureichende Auskünfte über dessen weiteren Verlauf oder Abschluss. Das schafft eine erhebliche Informationsungleichheit, die negative Folgen hat: Viele Betroffene haben den Eindruck, dass Strafverfahren nach der Anzeige häufig eingestellt oder nicht konsequent weiterverfolgt werden. Um dem entgegenzuwirken, sollten Betroffene digitaler Gewalt auch ohne Antrag gemäß § 406d StPO über den Ausgang des Verfahrens informiert werden – es sei denn, sie verzichten ausdrücklich auf eine solche Mitteilung. Alternativ sollte zumindest ein verpflichtender Hinweis auf die Möglichkeit der Antragstellung nach § 406d StPO erfolgen.

An Social-Media-Plattformen, Aufsichtsbehörden und den europäischen Gesetzgeber:

- **Durchsetzung der EU-Digitalgesetzgebung:** Plattformen sind nach dem EU-Digitalgesetz, dem Digital Services Act, verpflichtet, Risiken für die öffentliche Debatte und Wahlen zu minimieren, etwa durch Anpassungen ihrer Algorithmen sowie der Moderation von Inhalten. Insbesondere müssen Politiker*innen vor Wahlen vor organisierten Angriffen und Desinformationskampagnen geschützt werden. Digitale Gewalt gegen sie darf nicht durch Algorithmen verstärkt werden, und gemeldete Inhalte müssen zügig geprüft und gegebenenfalls entfernt werden, um deren Verbreitung zu stoppen. Diese Entscheidungen sollten auf lokales Wissen³⁵ und die spezifischen Gegebenheiten abgestimmt sein.
- **Benutzerfreundliche Meldewege und zügige Moderation:** Die zuständigen Aufsichtsbehörden müssen nutzerfreundliche Meldewege einfordern. Umständliche und komplizierte Meldewege sowie nichtssagende Rückmeldungen schrecken Betroffene oft davon ab, digitale Gewalt auf der Plattform zu melden. Politisch Engagierte erfahren digitale Gewalt in sehr großer Zahl und resignieren angesichts geringer Erfolgsaussichten und wiederkehrender Angriffe. Solange die Inhalte aber online sind, werden sie legitimiert. Das verstärkt und normalisiert weitere Gewalt gegen Politiker*innen.
- **Beweissicherung vereinfachen:** Plattformen müssen die Beweissicherung für Betroffene vereinfachen. Rechtssichere Screenshots müssen sowohl mobil in der App als auch in der Desktopversion, die Datum und Uhrzeit des Ausgangsposts enthalten, per einfachem Screenshot, möglich sein. Am besten könnten Plattformen Betroffene unterstützen, indem sie einen solchen Screenshot selbst generieren und den Betroffenen bei Meldung eines Posts automatisiert zur Verfügung stellen.
- **Mitwirkung bei der Strafverfolgung:** Plattformen sind verpflichtet, Straftaten, die ihnen gemeldet werden und die den Verdacht einer Gefahr für Leib und Leben einer Person begründen, an das Bundeskriminalamt oder Europol zu melden. Bisher machen sie hiervon jedoch nur in einem verschwindend geringen Maße Gebrauch und entziehen sich so aktiv der Mitwirkung am Strafverfolgungsprozess. Hier ist auch eine Nachbesserung durch den europäischen Gesetzgeber erforderlich: Zur Beseitigung von Schutzlücken sollte er gemeinsam mit Europol und den nationalen Strafverfolgungsbehörden daran arbeiten, relevante Straftatbestände in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zu standardisieren und zu priorisieren. Darüber hinaus sollten alle Plattformen polizeiliche Ermittlungen unterstützen, z. B. durch die Herausgabe von Daten.

7 Fazit

Digitale Gewalt hat einen signifikanten Einfluss auf das politische Engagement in Deutschland. Sie ist ein relevanter Faktor, der bestimmt, wie Politiker*innen und anderweitig engagierte Menschen kommunizieren **und welche öffentlichen Ämter und Positionen sie langfristig bereit sind zu bekleiden.**

Die vorliegende Studie zeigt eindrücklich: Der Hass und die Gewalt im digitalen Raum betreffen nicht nur wenige Einzelpersonen in herausgehobener Position, sondern weite Teile der politisch in unterschiedlicher Form engagierten Menschen. Es ist ein Grundrauschen, das sie permanent durch ihre Arbeit begleitet. Viele sind regelmäßig, oft wöchentlich, der Gewalt ausgesetzt. **Dabei bleiben die Anfeindungen nicht auf den digitalen Raum beschränkt: Befragte, die dort Gewalt erlebten, berichteten häufiger als andere auch von Übergriffen im analogen Raum.** Viele nahmen sowohl online als auch vor Ort eine aggressive und angespannte Stimmung wahr. Mehr als die Hälfte der Betroffenen äußerte Sicherheitsbedenken, etwa Sorge um die Familie oder das weitere private Umfeld. Engagierte Menschen fühlen sich unsicher. Dieses Gefühl begleitet sie permanent.

Das hat Folgen: Viele Betroffene ändern ihr Kommunikationsverhalten. Die Mehrheit der Befragten schränkte etwa die Nutzung von sozialen Medien ein oder passte ihren Ton, die Inhalte oder die Frequenz ihrer Äußerungen an. Manche reduzierten öffentliche Auftritte oder nahmen sich sogar eine Auszeit von ihrer Arbeit. Dabei sind sowohl Politiker*innen als auch Berufsgruppen wie Journalist*innen oder Influencer*innen auf das Internet als öffentlichen Raum angewiesen. Infolge der digitalen Gewalt nutzten sie ihn jedoch häufig nur eingeschränkt und begrenzten damit auch ihren eigenen Wirkungsradius.

Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass digitale Gewalt Menschen davon abhält, in Deutschland mehr politische Verantwortung zu übernehmen. Um ein möglichst umfassendes und differenziertes Lagebild zu erhalten, wurden neben Politiker*innen aller Ebenen daher bewusst auch engagierte Menschen aus anderen relevanten Tätigkeitsfeldern³⁶ befragt. Grundsätzlich war die Bereitschaft, in Zukunft mehr oder überhaupt politische Verantwortung zu übernehmen, bei allen Befragten groß.³⁷ Dies könnte aus einem starken Engagement und dem Wunsch resultieren, gesellschaftlich etwas zu bewegen. Gleichzeitig fühlte sich die Mehrheit der Befragten nicht gut vorbereitet auf die digitale Gewalt, die ein politischer Ein- oder Aufstieg mit sich bringen könnte. Ein Viertel der befragten Nicht-Politiker*innen denkt bereits über einen Ausstieg aus dem eigenen Engagement nach. Es wird daher nicht nur auf die Förderung der Verantwortungsbereitschaft ankommen, sondern auch auf den Abbau spezifischer Barrieren wie digitaler Gewalt. **Es steht ansonsten zu befürchten, dass viele, die sich zwar grundsätzlich gern mehr in Staat und Gesellschaft einbringen und möglicherweise sogar öffentliche Ämter übernehmen würden, langfristig doch davor zurückschrecken.**

Das gilt insbesondere für politisch engagierte Frauen. **Die Studie zeigt, dass sie nicht nur häufiger von digitaler Gewalt betroffen sind als Männer, sondern auch sexualisierter und damit ein besonders sensibler Bereich betroffen ist – die Intimsphäre der betroffenen Frauen.** Die gegen sie gerichteten Anfeindungen sind oft persönlich und misogyn. Ein ähnliches Bild zeigte sich im analogen Raum: Fast jede zweite betroffene Frau berichtete von dort stattfindender geschlechtsspezifischer und sexueller Belästigung. Angesichts von in der Gesellschaft weit verbreiteten sexistischen und antifeministischen Einstellungen³⁸ überrascht dieser Befund leider nicht. Und er ist folgenreich: Fast jede zweite betroffene politisch engagierte Frau überlegt bereits, bewusst keine Position anzunehmen, in der sie besonders häufig digitaler Gewalt ausgesetzt wäre. **Fast ein Viertel hat überlegt, aus ihrem aktuellen politischen Engagement auszusteigen.**

Dabei sind Frauen bereits jetzt in Parlament und Parteien unterrepräsentiert.³⁹ **Die vorliegende Studie gibt berechtigten Anlass zur Sorge, dass sie angesichts von digitaler Gewalt und insbesondere geschlechtsspezifischen sowie sexualisierten Anfeindungen und Übergriffen noch weiter aus der Politik und damit aus der Gestaltung unserer Gesellschaft herausgedrängt werden.** Denn je mehr von ihnen sich dagegen entscheiden, Bürgermeisterin oder Abgeordnete zu werden, auf einer Demonstration zu sprechen oder sich auf ein Podium zu setzen, desto schlechter steht es letztlich um ihre Repräsentation und damit um die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft.

Insgesamt muss klar sein: Politisch engagierte Menschen übernehmen Verantwortung für diese Gesellschaft. Im Gegenzug ist die Gemeinschaft aber auch verpflichtet, im Sinne eines informellen beidseitigen Gesellschaftsvertrags Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit politisch engagierter Menschen zu übernehmen. **Die Studie zeigt sehr eindrücklich, dass weder der Staat mit seinen Institutionen noch wir als gesamte Gesellschaft dieser Aufgabe in den letzten Jahren in hinreichendem Maße nachgekommen sind: politisches Engagement zu fördern und diejenigen zu stärken, die sich für andere stark machen.** Wenn politisch engagierte Menschen aufgrund ihres Einsatzes für die Gemeinschaft vor aller Augen angegriffen werden, ist das eben nicht ihre Privatsache. Es ist vielmehr im öffentlichen Interesse, dass politisch Engagierte ihrem Job ohne die permanente Sorge um die eigene Sicherheit nachgehen können. Denn die Funktionsweise unserer liberalen Demokratie basiert unter anderem auf der Bereitschaft zum Engagement. **Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen sich sicher genug fühlen, um sich stellvertretend für alle einzusetzen.**

Diese Studie zeigt: Das ist derzeit nicht der Fall. **Digitale Gewalt sorgt durch ihre Unmittelbarkeit, ihre Reichweite und ihren hohen Grad an Diffamierung und Erniedrigung für ein massives Ausmaß an psychischem Stress.** Sie führt häufig sogar zu Angst um die eigene körperliche Unversehrtheit. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht 2021 in einem Beschluss deutlich gemacht: Öffentlich engagierten Menschen steht ein hinreichender Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte zu. Nur wenn dieser gegeben sei, könne von ihnen erwartet werden, dass sie an Staat und Gesellschaft mitwirken.

Seither ist vieles passiert: Der europäische Digital Services Act nimmt Plattformen stärker in die Verantwortung. In Deutschland wurde ein Gesetz gegen digitale Gewalt angekündigt. Mit der starken Stelle wurde bereits eine erste bundesweite Anlaufstelle für Kommunalpolitiker*innen geschaffen. **Doch das ist nicht genug.** Derzeit können sich noch viele politisch engagierte Menschen – auch diejenigen, die noch nicht parteipolitisch aktiv sind – vorstellen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Doch wenn wir wollen, dass das so bleibt, müssen wir jetzt handeln. **Denn viele denken bereits jetzt darüber nach, ob mit einem verstärkten Engagement auch mehr Gewalt einhergeht und würden entsprechende Positionen aus diesem Grund ablehnen.**

In diesem Jahr findet die Bundestagswahl früher als gedacht statt. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, um einer weiteren Eskalation der Gewalt gegen politisch engagierte Menschen vorzubeugen und der sich abzeichnenden Entwicklung entgegenzuwirken. Politik, Justiz, Parteien, Plattformen, Aufsichtsbehörden und weitere relevante Institutionen müssen dringend geeignete Maßnahmen ergreifen, um Politiker*innen und andere Engagierte effektiv zu unterstützen. **Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sind ein Weckruf: Wenn wir jetzt nicht umfassend gegen digitale Gewalt vorgehen, gefährden wir die Zukunft politischen Engagements in Deutschland und damit eine wesentliche Säule für das Bestehen unserer repräsentativen Demokratie.**

8 Quellenverzeichnis

- 1 Unter dem Sammelbegriff „digitale Gewalt“ verstehen die Autor*innen der vorliegenden Studie eine Vielzahl unterschiedlicher abwertender, entwürdigender, auf Einschüchterung zielender oder verhetzender technologiegestützter Phänomene gegenüber Personen oder bestimmten Personengruppen. Eine ausführliche Definition findet sich in Kapitel 3.1 dieser Studie.
- 2 Insgesamt identifizierten sich 2,36 % der Teilnehmenden als divers. Aufgrund der vergleichsweise geringen Größe dieser Gruppe und den damit einhergehenden Einschränkungen in der statistischen Vergleichbarkeit mit den anderen beiden Gruppen, sowie der Sicherstellung der Anonymität, wurden diese Teilnehmenden für die weiterführenden statistischen Analysen ausgeschlossen.
- 3 Damit sind neben abwertenden auch solche Aussagen gemeint, die sich gegen die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter richten.
- 4 Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt in der aktuellen Wahlperiode bei insgesamt 35,3 %. Auf der kommunalen Ebene werden nur rund 9 % der Rathäuser in Deutschland von Frauen geführt – das liegt unter dem EU-Durchschnitt von 15 %. Quellen: Statistisches Bundesamt (2024): Frauen in nationalen Parlamenten: Deutschland mit einem Anteil von 35,3 % weltweit auf Platz 47. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_10_p002.html (zuletzt abgerufen: 05.11.2024); Lukoschat, H., Möller, M., Weidhofer, C. (2021): Mayoress! Women in Local Leadership Ergebnisse und Empfehlungen eines EU-Projekts. URL: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2021_EAF_Berlin_Lukoschat_M%C3%B6ller_Weidhofer_MAYORESS_PolicyPaper.pdf (zuletzt abgerufen: 28.10.2024).
- 5 Tagesschau, 02.05.2024, Faeser verurteilt Aktion gegen Göring-Eckardt. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/goering-eckardt-bundesinnenministerin-faeser-stoeraktion-100.html> (zuletzt abgerufen: 05.11.2024).
- 6 DER SPIEGEL, 11.05.2024, „Es gab kein Wortgefecht, es kam einfach der Schlag“. URL: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/matthias-ecke-spd-politiker-berichtet-vom-angriff-in-dresden-a-2386f257-bcf4-4186-aeab-e9d9e0db79ae> (zuletzt abgerufen: 05.11.2024).
- 7 ZDFheute, 26.07.2024, CDU-Politikerin rassistisch angegriffen. URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/cdu-landtagskandidatin-angriff-cdu-rassismus-100.html> (zuletzt abgerufen: 05.11.2024).
- 8 Deutscher Bundestag (2024): Drucksache 20/13124 vom 19.09.2024. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/131/2013124.pdf> (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 9 DER SPIEGEL, 13.09.2024, Ministerinnen und Minister der Ampel stellen fast 1500 Strafanzeigen. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewalt-gegen-politiker-ampel-minister-stellen-fast-1500-strafanzeigen-wegen-drohungen-a-182b37f8-6db2-4188-8db4-6a981da82393>, (zuletzt abgerufen: 05.11.2024).
- 10 Unter dem Sammelbegriff „digitale Gewalt“ verstehen die Autor*innen der vorliegenden Studie eine Vielzahl unterschiedlicher abwertender, entwürdigender, auf Einschüchterung zielender oder verhetzender technologiegestützter Phänomene gegenüber Personen oder bestimmten Personengruppen. Eine ausführliche Definition findet sich in Kapitel 3.1 dieser Studie.
- 11 Die vorliegende Studie knüpft an bestehende Erhebungen an und liefert umfassende Zahlen und vertiefte Einblicke in das Ausmaß, die psychologischen Folgen und die Auswirkungen digitaler Gewalt auf das politische Engagement in Deutschland. Siehe hierzu auch Kapitel 3.2 und 4.
- 12 Das Bundesverfassungsgericht äußerte sich etwa in einem Beschluss vom 19. Dezember 2021 dahingehend, dass die beeinträchtigende Wirkung einer Äußerung gesteigert sei, „wenn sie in wiederholender und anprangernder Weise, etwa unter Nutzung von Bildnissen der Betroffenen, oder besonders sichtbar in einem der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglichen Medium getätigt“ werde. Ein solches Medium könne etwa das Internet sein. Quelle: BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 19. Dezember 2021 - 1 BvR 1073/20 - Rn. 37. URL: https://www.bverfg.de/e/rk20211219_1bvr107320.html (zuletzt abgerufen am 11.10.2024).
- 13 Vgl. Kreißel, P., Ebner, J., Urban, A., Guhl, J. (2018): Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz. URL: https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf (zuletzt abgerufen am 11.10.2024).
- 14 Bundesministerium des Innern und für Heimat; Bundeskriminalamt (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität. Fact Sheet 21.05.2024. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 15 Deutscher Bundestag (2024): Drucksache 20/13124 vom 19.09.2024. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/131/2013124.pdf> (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 16 Die Anzahl der gegen Repräsentant*innen und Mitglieder von im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gerichteten gemeldeten Straftaten lag im 1. Halbjahr 2023 bei 797. Die Zahl der gemeldeten Gewaltdelikte zum Nachteil von Parteirepräsentant*innen wird für das 1. Halbjahr 2023 mit 27 angegeben.
- 17 Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024): Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin. URL: https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf (zuletzt abgerufen am 11.10.2024).
- 18 Die hier erwähnte Studie verwendet im Gegensatz zur vorliegenden Studie den Begriff „Hass im Netz“. Darunter versteht das Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz „eine Vielzahl unterschiedlicher u. a. abwertender, entwürdigender, auf Einschüchterung zielender oder verhetzender Online-Phänomene gegenüber Personen oder bestimmten Personengruppen“. URL: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/was-ist-hass-im-netz/> (zuletzt abgerufen am 11.10.2024).
- 19 Unter den befragten jungen Männern zwischen 16 und 24 Jahren gaben 10 % an, dass ihnen schon einmal ungefragt ein Nacktfoto geschickt wurde. 7 % wurden bereits im Internet sexuell belästigt. Vgl. hierzu: https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf (zuletzt abgerufen am 11.10.2024).
- 20 Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024): Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin. URL: https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf (zuletzt abgerufen am 11.10.2024).
- 21 Geschke, D., Kläßen, A., Quent, M., Richter, C. (2019): #Hass im Netz – Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie, eine bundesweite repräsentative Studie. URL: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 22 Das Kommunale Monitoring ist eine regelmäßige, bundesweite Befragung aller ehren- und hauptamtlichen Bürgermeister*innen und Landrät*innen, die seit Herbst 2021 in sechsmonatigem Turnus Erfahrungen mit digitalen und analogen Anfeindungen abfragt.
- 23 Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Frühjahrsbefragung 2024. URL: https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/10/KoMo_zentrale-Befunde_FB24-.pdf (zuletzt abgerufen: 22.10.2024).
- 24 Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Herbstbefragung 2023. URL: https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/04/KoMo_zentrale-Kernbefunde_HB23.pdf (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 25 Insgesamt berichteten 8 % der Befragten von Anfeindungen gegen Familienangehörige.
- 26 Körber-Stiftung (2024): Die Situation ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung. URL: https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/38220/ergebnisbericht_die_situation_ehrenamtlicher_buergermeister.pdf (zuletzt abgerufen: 09.09.2024).
- 27 In der Befragung wurde nicht differenziert zwischen digitalen und analogen Anfeindungen. Befragt wurden 1.549 ehrenamtliche Bürgermeister*innen in Deutschland im Januar und Februar 2024. Demgegenüber zeigt jedoch eine Online-Befragung unter baden-württembergischen Bürgermeister*innen von 2021, dass soziale Netzwerke eine große Rolle spielen. So gaben hier 53,9 % der Befragten an, beruflich schon einmal Anfeindungen dort erlebt zu haben. Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2021): Wie Bürgermeister_innen soziale Medien nutzen. Ergebnisse einer Online-Befragung baden-württembergischer Bürgermeister_innen. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/stuttgart/17678-20210420.pdf> (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 28 Köcher, R., Lukoschat, H. (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. URL: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 29 Phillips, H., Bergia, A., Grimà Algora, R. (2024): STRENGTHENING DEMOCRACY BY REDUCING THREATS TO WOMEN IN POLITICS. A REVIEW OF EXPLANATIONS AND SOLUTIONS TO ONLINE VIOLENCE AGAINST WOMEN IN POLITICS. URL: <https://www.bsg.ox.ac.uk/sites/default/files/Strengthening-democracy-reducing-threats-women-politics.pdf> (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 30 Inter-Parliamentary Union (2018): Sexism, harassment and violence against women in parliaments in Europe. URL: <https://www.ipu.org/resources/publications/issue-briefs/2018-10/sexism-harassment-and-violence-against-women-in-parliaments-in-europe> (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 31 Steinert, J., Koch, L., Pfeffer, J. (2023): Online Hate against Members of the European Parliament. URL: https://www.gov.sot.tum.de/fileadmin/w00bzh/gov/_my_direct_uploads/EUP_OnlineHate.pdf (zuletzt abgerufen: 11.10.2024).
- 32 Semi-strukturierte Interviews sind eine Interviewform, bei der feste Fragen mit der Möglichkeit kombiniert werden, flexibel auf Antworten einzugehen und tiefergehende Informationen zu erheben.
- 33 Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt in der aktuellen Wahlperiode bei insgesamt 35,3 %. Auf der kommunalen Ebene zeigt sich ein noch drastischeres Bild: Nur rund 9 % der Rathäuser in Deutschland werden von Frauen geführt – das liegt unter dem EU-Durchschnitt von 15 %. Quellen: Statistisches Bundesamt (2024): Frauen in nationalen Parlamenten: Deutschland mit einem Anteil von 35,3 % weltweit auf Platz 47. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_10_p002.html (zuletzt abgerufen: 05.11.2024); Lukoschat, H., Möller, M., Weidhofer, C. (2021): Mayoress! Women in Local Leadership Ergebnisse und Empfehlungen eines EU-Projekts. URL: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2021_EAF_Berlin_Lukoschat_M%C3%B6ller_Weidhofer_MAYORESS_PolicyPaper.pdf (zuletzt abgerufen: 28.10.2024).
- 34 Der Begriff „Doxxing“ (auch „Doxing“ geschrieben) stammt aus dem Englischen und leitet sich von „dox“, kurz für „documents“, ab. Er bezeichnet das systematische Sammeln und anschließende Veröffentlichens privater und personenbezogener Daten einer anderen Person im Internet.
- 35 Lokales Wissen bedeutet z. B. Kenntnis von regionalen oder historischen Besonderheiten (wie etwa Sprache, Dialekt oder vorhandene Konflikte).
- 36 Befragt wurden Menschen, die sich den folgenden Gruppen zuordnen: Politiker*innen (58 %), Aktivist*innen (24 %), Wissenschaftler*innen (7 %), Influencer*innen (4 %), Journalist*innen und Publizist*innen (4 %) sowie sonstige Parteimitglieder (3 %).
- 37 Besonders hoch ist sie unter den befragten Influencer*innen (82 %) und Aktivist*innen (76 %), lediglich bei den Journalist*innen fällt sie geringer aus (51 %).
- 38 Studien kommen zu dem Ergebnis, dass jeder dritte Mann und jede fünfte Frau in Deutschland ein geschlossen antifeministisches oder sexistisches Weltbild hat. Quelle: Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf (zuletzt abgerufen: 23.10.2024).
- 39 Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt im Februar 2024 bei insgesamt 35,7 %. Auf der kommunalen Ebene zeigt sich, dass nur rund 9 % der Rathäuser in Deutschland von Frauen geführt werden – das liegt unter dem EU-Durchschnitt von 15 %. Quellen: Statistisches Bundesamt (2024): Frauen in nationalen Parlamenten: Deutschland mit einem Anteil von 35,3 % weltweit auf Platz 47. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_10_p002.html (zuletzt abgerufen: 05.11.2024); Lukoschat, H., Möller, M., Weidhofer, C. (2021): Mayoress! Women in Local Leadership Ergebnisse und Empfehlungen eines EU-Projekts. URL: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2021_EAF_Berlin_Lukoschat_M%C3%B6ller_Weidhofer_MAYORESS_PolicyPaper.pdf (zuletzt abgerufen: 28.10.2024).

9 Literaturverzeichnis

Bannenber, P., Pfeiffer, T. & Erb, D. (2021): Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen. Online abrufbar unter: <https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenber/forschung/Amtstraeger/BannenbergPfeifferErbGewaltgegenBrgermeisterinnenundBrgermeisterinHessen.pdf> [09.09.2024].

Bitschnau, S., Eberspach, K. (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Auswertung der Herbstbefragung 2023. Online abrufbar unter: <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf> [09.09.2024].

Bundesministerium des Innern (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität. Fact Sheet 21.05.2024. Online abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf;jsessionid=DFF9D550ED-3D3EFA673BD342D26BCB58.live882?_blob=publicationFile&v=2 [09.09.2024].

Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024): Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Online abrufbar unter: https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf [09.09.2024].

Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Online abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf [zuletzt abgerufen: 23.10.2024].

DER SPIEGEL, 11.05.2024: „Es gab kein Wortgefecht, es kam einfach der Schlag“. Online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/matthias-ecke-spd-politiker-berichtet-vom-angriff-in-dresden-a-2386f257-bcf4-4186-aead-e9d9e0db79ae> [05.11.2024].

DER SPIEGEL, 13.09.2024: Ministerinnen und Minister der Ampel stellen fast 1500 Strafanzeigen. Online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewalt-gegen-politiker-ampel-minister-stellen-fast-1500-strafanzeigen-wegen-drohungen-a-182b37f8-6db2-4188-8db4-6a981da82393>, [05.11.2024].

ZEIT ONLINE, 18.06.2019: Biermann, K., Thurm, F.: Angestachelt zu Gewalt. Online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/walter-luebcke-hass-hetze-bedrohungen-drohbriefe-rechtsextrismus> [09.09.2024].

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2021): Wie Bürgermeister_innen soziale Medien nutzen. Ergebnisse einer Online-Befragung baden-württembergischer Bürgermeister_innen. Online abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/stuttgart/17678-20210420.pdf> [11.10.2024].

Geschke, D., Klaußen, A., Quent, M. & Richter, C. (2019): Hass im Netz. Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine bundesweite repräsentative Untersuchung. Institut Für Demokratie Und Zivilgesellschaft. Online abrufbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf [11.10.2024].

Inter-Parliamentary Union (2018): Sexism, harassment and violence against women in parliaments in Europe. Online abrufbar unter: <https://www.ipu.org/resources/publications/issue-briefs/2018-10/sexism-harassment-and-violence-against-women-in-parliaments-in-europe> [09.09.2024].

Köcher, R., Lukoschat, H. (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. Herausgegeben von der EAF Berlin. Online abrufbar unter: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf [11.10.2024].

Körper-Stiftung (2024): Die Situation ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ergebnisse einer Befragung für die Körper-Stiftung. Online abrufbar unter: https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/38220/ergebnisbericht_die_situation_ehrenamtlicher_buergermeister.pdf [09.09.2024].

Kreißel, P., Ebner, J., Urban, A., Guhl, J. (2018): Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz. Online abrufbar unter: https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf [11.10.2024].

Lukoschat, H., Möller, M., Weidhofer, C. (2021): Mayoress! Women in Local Leadership Ergebnisse und Empfehlungen eines EU-Projekts. Online abrufbar unter: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2021_EAF_Berlin_Lukoschat_M%C3%B6ller_Weidhofer_MAYORESS_PolicyPaper.pdf [28.10.2024].

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Frühjahrsbefragung 2024, online abrufbar unter: https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/10/KoMo_zentrale-Befunde_FB24-.pdf [22.10.2024].

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Herbstbefragung 2023, online abrufbar unter: https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/04/KoMo_zentrale-Kernbefunde_HB23.pdf [11.10.2024].

Phillips, H., Bergia, A., Grimà Algora, R. (2024): Strengthening democracy by reducing threats to women in politics. Online abrufbar unter: <https://www.bsg.ox.ac.uk/sites/default/files/Strengthening-democracy-reducing-threats-women-politics.pdf> [09.09.24].

Statistisches Bundesamt (2024): Frauen in nationalen Parlamenten: Deutschland mit einem Anteil von 35,3 % weltweit auf Platz 47. Online abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_10_p002.html [05.11.2024].

Steinert, J., Koch, L., Pfeffer, J. (2023): Online hate against members of the European Parliament. Online abrufbar unter: https://www.hfp.tum.de/fileadmin/w00cjd/globalhealth/_my_direct_uploads/EUP_OnlineHate_3_.pdf [09.09.24].

Tagesschau, 02.05.2024: Faeser verurteilt Aktion gegen Göring-Eckardt, online abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/goering-eckardt-bundesinnenministerin-faeser-stoeraktion-100.html> [05.11.2024].

The Guardian, 18.06.2016: Vile online abuse against female MPs 'needs to be challenged now'. Online abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/technology/2016/jun/18/vile-online-abuse-against-women-mps-needs-to-be-challenged-now> [09.09.24].

ZDFheute, 26.07.2024: CDU-Politikerin rassistisch angegriffen, online abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/cdu-landtagskandidatin-angriff-cdu-rassismus-100.html> [05.11.2024].

Impressum

Herausgegeben von
HateAid gGmbH
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 25208802
E-Mail: kontakt@hateaid.org
hateaid.org

Sitz der Gesellschaft: Berlin
Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg
Handelsregisternummer: HRB 203883 B
USt-IdNr.: DE322705305

Geschäftsführerinnen: Anna-Lena von Hodenberg
und Josephine Ballon

V. i. S. d. P.: Anna-Lena von Hodenberg
(HateAid gGmbH)
Redaktion: Anna-Lena von Hodenberg, Eva Pasch
et al.

Wissenschaftliche Leitung und Umsetzung:
Prof. Dr. Janina Steinert, Luise Koch, Dr. Angelina
Voggenreiter (Technische Universität München),
Forschungs- und Beratungsagentur Point Blank

Gestaltung: Julia Hedwig, Regina Buschmeier
Druck: Umweltdruck Berlin

Zitationsvorschlag: HateAid, Koch, L., Voggenreiter,
A., Steinert, J. I. (2025): Angegriffen & alleingelassen.
Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engage-
ment auswirkt. Ein Lagebild.

Disclaimer
Aus Gründen der Barrierefreiheit verwendet HateAid
in diesem Bericht das Gender-Sternchen als gender-
gerechte Schreibweise. Dieses kann von Sprachaus-
gabeprogrammen, die Menschen mit Sehbeeinträch-
tigungen nutzen, am besten wiedergegeben werden.

Haftungsausschluss
Die Hinweise in diesem Bericht wurden nach bestem
Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handrei-
chung ersetzt keine individuelle (juristische) Bera-
tung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktuali-
tät der Informationen übernehmen die Herausgeber*
innen keine Gewähr.

Spenden

Wir sind als **gemeinnützige Organisation auf Spenden angewiesen**. Machen Sie das Internet zu einem besseren Ort und werden Sie Dauerspender*in von HateAid. Ihre regelmäßige Spende fließt direkt in unsere tägliche Arbeit – und damit in die Meinungsvielfalt unserer Demokratie.

Schon mit 10 Euro pro Monat machen Sie deutlich:
Hass ist keine Meinung.

Spendenkonto:
KontoinhaberIn: HateAid
Bank: GLS Bank
IBAN: DE04 4306 0967 1231 5982 03
BIC: GENODEM1GLS

hateaid.org/spenden

